

# Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.5 - 62. Jahrgang

3. März 2012

## 22.000 Rosen zum Frauentag



**Zum Internationalen Frauentag am 8. März verteilen Mitglieder der Berliner SPD in ganz Berlin 22.000 Rosen.**

Seit über hundert Jahren erinnert der Internationale Frauentag am 8. März daran, dass die Gleichheit von Frauen und Männern trotz aller Fortschritte nicht selbstverständlich ist. Frauen erhalten für die gleiche Arbeit fast 25% weniger Lohn als Männer, sie sind kaum in Führungsebenen vertreten, haben es nicht leicht, wenn sie Familie, Beruf und Privates vereinbaren wollen. Sie sind stärker von Armut betroffen und bedroht, vor allem als Alleinerziehende und im Alter.

„Die Gleichheit aller Menschen ist neben Freiheit und Solidarität der Grundpfeiler der Überzeugung und des Engagements der SPD“, so die Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen Eva Högl. „Deswegen ist für die SPD die Gleichberechtigung der Geschlechter kein Thema für einen einzelnen Tag im Jahr, sondern eine ständige politische Aufgabe.“

Verteilaktionen am 8. März gibt es u.a. vor dem Lindencenter Prerower Platz um 10.00 Uhr mit Karin Seidel-Kalmutzki (MdA), in der Weitlingstr. um 10.00 Uhr mit Ole Kreins, (MdA), ab 10 Uhr in „Helle Mitte“ mit Bezirksbürgermeister Stefan Komoß, in der Wilmersdorfer Straße ab 17 Uhr mit Petra Merkel (MdB).

**siehe auch S. 2**

**Wohnungspolitik:**

## „Mietentwicklung dämpfen“

Müller: Mehr Neubau, weniger Zweckentfremdung

Mit einem Bündel von Maßnahmen will Stadtentwicklungssenator Michael Müller den Druck auf dem Wohnungsmarkt mindern. „Wir haben in Berlin noch keine dramatische Situation, aber sie ist angespannter als noch vor Jahren. Deshalb müssen wir jetzt handeln, um damit die Mietpreisentwicklung in Zukunft dämpfen zu können“, so Müller.

Seit 2011 erlebt Berlin laut neuestem Wohnungsmarktbericht einen durchschnittlichen Zuwachs von jährlich 14.200 Haushalten. Ziel des Senats sei es, den Bestand der Wohnungsbaugesellschaften durch Zukauf oder Bau um 30.000 Wohnungen auf insgesamt 300.000 zu erhöhen, um so Druck vom Wohnungsmarkt zu nehmen. Zugleich sollen in den kommenden fünf Jahren 30.000 Wohnungen neu entstehen.

„Wir sprechen jetzt mit den sechs Gesellschaften, wie Mieterhöhung in Zukunft unter sozialen Aspekten gestaltet werden können“, so Müller im Interview mit dem vorwärtsBerlin. „Wir sind auf einem guten



Stadtentwicklungssenator Michael Müller.

Foto: Duclos

Weg und ich hoffe, in den nächsten Wochen eine Art Mietenbündnis mit den Gesellschaften schließen zu können.“

Mit einer Zweckentfremdungsverbotverordnung will Müller gegen die vielen Ferienwohnungen in Berlin vorgehen. Für 85.000 Wohnungen in Berlin soll wieder die Belegungsbindung gelten: Die Wohnung bekommen nur noch sozial schwächere Mieter mit einem Berechtigungsschein.

uh □

**siehe auch Seite 3**

## Abfuhr für Geheimzirkel

Euro-Rettungsschirm: Abgeordnete entscheiden mit

**Als Stärkung der Mitglieder des Deutschen Bundestages und damit des Parlamentarismus hat der Berliner SPD-Bundestagsabgeordnete Swen Schulz das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Verfahren beim Eurorettungsschirm bezeichnet. Schulz war einer der beiden Kläger.**

Das vom Gesetz vorgesehene 9er-Gremium darf nach dem Urteil in den meisten ursprünglich geplanten Fällen nicht entscheiden. Das Gesetz muss dementsprechend geändert werden. „Das Bundesverfassungsgericht ist damit unserer Auffassung überwiegend gefolgt“, so Schulz. „Es hat klargestellt, dass ein Gremium aus nur neun Abgeordneten nicht ausreicht, um

das Volk zu repräsentieren. Bei so wichtigen Entscheidungen wie über Milliardenhilfen ist ein Kleinstgremium, wie es sich

### IN DIESER AUSGABE:

MEHR GELD FÜR KULTUR	S.3
WAHLEN IN DER BERLINER SPD	S. 6
GRIECHENLAND AM BETTELSTAB	S. 9
BERLINER NACHKRIEGSZEIT (TEIL 6)	S. 10

die Regierungskoalition zum reibungslosen und geheimen Abnicken der Anträge vorgestellt hat, nicht mit den Prinzipien des Grundgesetzes vereinbar. Die Lösung der Probleme Europas ist nur mit demokratischer Legitimation und nicht in Geheimzirkeln möglich.“ **siehe auch Seite 8 und 9**

Gleichstellung:

# Mehr Chefinnen

## Eva Högl: SPD-Fraktion legt Gesetzentwurf vor

**Mehr weibliche Führungskräfte in den Chefetagen deutscher Unternehmen - das hat die SPD-Bundestagsfraktion 2011 mit ihrem Antrag „Quotenregelungen für Aufsichtsräte und Vorstände gesetzlich festzuschreiben“ gefordert.**

Über zehn Jahre nachdem sich die Wirtschaft im Wege der Selbstverpflichtung für eine Erhöhung des Frauenanteils in Leitungsgremien ausgesprochen hat, steht fest: Freiwillige Vereinbarungen sind erfolgreich geblieben.

Auch die von der zuständigen Bundesfrauenministerin Kristina Schröder im Oktober 2011 vorgeschlagene „Pflicht zur Selbstverpflichtung“ wird keine Abhilfe schaffen können.

Erfreulicherweise besteht mittlerweile ein klarer gesellschaftlicher Konsens, dass wir an dieser Stelle unbedingt handeln müssen. Neben der Europäischen Kommission, den Oppositionsparteien im Bundestag und einigen Frauen aus der Unionsfraktion fordert auch die parteiübergreifende Initiative „Berliner Erklärung“ durch ihre prominenten Vertreterinnen die Einführung einer Geschlechterquote.

Noch immer sprechen die Zahlen für sich: 97 Prozent der Vorstandsposten und 85 Prozent der Aufsichtsratsposten werden in Deutschland von Männern besetzt. Zugleich nimmt der Anteil der Universitätsabsolventinnen in den Bereichen Wirtschafts- und Rechtswissenschaft stetig zu. Dieser Widerspruch macht gesetzgeberisches Handeln dringend erforderlich.

Als Rechtspolitikerin und zuständige Berichterstatterin der SPD-Bundestagsfraktion habe ich gemeinsam insbesondere mit engagierten SPD-Frauenpolitikerinnen ei-



Die SPD-Bundestagsabgeordnete Eva Högl ist zugleich Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen in Berlin.

nen Gesetzentwurf erarbeitet, der am 8. März anlässlich des Internationalen Frauentags in den Bundestag eingebracht wird. Der Gesetzentwurf „zur Förderung der Chancengleichheit von Männern und Frauen in Wirtschaftsunternehmen“ soll ab 2013 für börsennotierte und mitbestimmte Unternehmen gelten und setzt die Vorgaben des SPD-Antrags pragmatisch und praxisnah um. Wir wollen, dass sowohl Aufsichtsräte als auch Vorstände stufenweise bis 2015 zu mindestens 40% mit Frauen besetzt werden. Der Gesetzentwurf achtet besonders auf die Handlungsfähigkeit der betroffenen Unternehmen und schafft ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Wirksamkeit einerseits und unternehmerischer Freiheit andererseits.

Für die SPD-Bundestagsfraktion ist eine gesetzliche Frauenquotenregelung die richtige Antwort. Wir wollen Frauen, die einen aktiven Beitrag in Führungsgremien leisten wollen, zeitnah die Chance bieten, als Fachkräfte am unternehmerischen Erfolg mitzuwirken. In den kommenden Wochen werden die Bundestagsabgeordneten aller Fraktionen aufgerufen sein, den Worten Taten folgen zu lassen und sich nach einer jahrzehntelangen Debatte zu einer zukunftsorientierten Geschlechterpolitik zu bekennen.

Eva Högl □

## Vorreiter der Integration

### Ülker Radziwill dankt dem scheidenden Integrationsbeauftragten

**Für seine „erfolgreiche und zukunftsweisende Arbeit“ hat die Vorsitzende der AG Migration Ülker Radziwill dem scheidenden Integrationsbeauftragten Günter Piening gedankt.**

Beispielhaft für seine Integrationsarbeit seien wichtige Institutionen wie der „Landesbeirat für Integration und Migration“, die Umsetzung des Integrations- und Partizipationsgesetzes von 2010, die Kampagnen für Einbürgerung und die Öffnung des öffentlichen Dienstes für Bewerber mit Migrationshintergrund.

„Als Hauptstadt eines Einwanderungslandes braucht Berlin einen Integrations-

beauftragten“, so Ülker Radziwill. Mit dem Integrations- und Partizipationsgesetz habe Berlin als erstes Bundesland integrationspolitische Maßstäbe gesetzt. „Die Stelle und das Aufgabenspektrum des Integrationsbeauftragten ist hier (im § 5) festgeschrieben“, erklärte Ülker Radziwill. „Somit wird es auch eine Nachfolge des Integrationsbeauftragten geben. Wir begrüßen, dass die Senatorin für Integration Dilek Kolat diese Stelle transparent ausschreiben wird.“ Der AG Migration sei die Kontinuität in der Integrationspolitik gerade in der rot-schwarzen Koalition sehr wichtig, so die SPD-Politikerin.

BS □

## POLITIK PERSÖNLICH

**Klaus Feiler** (57) ist zum Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Finanzen ernannt worden. Er hatte das Amt zuvor kommissarisch ausgeübt.

**Jan Stöß** ist neuer Sprecher der Berliner Linken (BL) in der SPD. Einstimmig wurde der 38-Jährige am 17. Februar von der Vollversammlung gewählt. Stöß folgt Mark Rackles, der sein Amt nach sieben Jahren zur Verfügung gestellt hatte.

Der neue BL-Sprecher möchte die SPD



Berliner Linke: Mark Rackles, Raed Saleh, Barbara Loth, Jan Stöß und Daniel Buchholz.

Foto: Martin Jungmann

stärker „als linke Volkspartei“ profilieren. „Die Voraussetzungen für linke Politik sind durch die große Koalition nicht einfacher geworden“, sagte Stöß in seiner Vorstellungsrede. „Umso wichtiger ist es, mehr SPD pur zu vertreten.“ Für Stöß bedeutet das etwa, den eingeschlagenen Kurs der Rekommunalisierung fortzusetzen und keine Liegenschaftspolitik zu betreiben, „die nur daran ausgerichtet ist, wie viel Geld eingenommen werden kann“.

Jan Stöß ist Richter am Berliner Verwaltungsgericht. Seit vier Jahren ist er Vorsitzender der SPD Friedrichshain-Kreuzberg. Die Berliner Linke ist der Zusammenschluss der linken Mitglieder innerhalb der Berliner SPD.

K. Doering □

**Hans-Jörg Vehlewald**, zuletzt „Bild“-Chefreporter, wird „Berater Kommunikation und Kampagnen“ beim SPD-Vorstand.

### Berliner Stimme

**Herausgeber:** SPD Landesverband Berlin  
**Verlag:** wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

**Redaktion:** Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

**Abo-Service:** Jürgen Thomas, Tel.: 2408 36-60, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de  
Abonnementspreis: 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)

**Druckerei:** KORREkt Mailingservice Berlin

Senatsbilanz:

# Den Zusammenhalt stärken

## Michael Müller über die ersten 100 Tage des Senats: Die Berliner SPD setzt die Akzente

**Am 10. März ist der Senat 100 Tage im Amt. Für die BERLINER STIMME zieht der SPD-Landesvorsitzende Michael Müller eine erste Bilanz.**

Berlin verändert sich - Tag für Tag und Woche für Woche. Diese Lebendigkeit macht unsere Stadt so attraktiv. Wir brauchen die Dynamik in der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung auch künftig.

Hundert Tage trägt der von Klaus Wowereit geführte rot-schwarze Senat jetzt Verantwortung für diese Stadt. In dieser kurzen Zeit haben wir bereits wichtige Veränderungen angestoßen und umgesetzt. Einer Aufgabe hat sich diese Koalition aus meiner Sicht in besonderer Weise zu stellen: Wir müssen und werden das soziale Auseinanderfallen in der Stadt verhindern.

Sozialdemokratische Senatsmitglieder haben in Schlüsselressorts Verantwortung übernommen. Wir sorgen für gute Bildung und ein ausreichendes Kitaangebot, für neue Initiativen auf dem Arbeitsmarkt, in der Integrationspolitik und in der Gleichstellung. Zu Recht erwarten die Berlinerinnen und Berliner, dass ihre Mieten bezahlbar bleiben und der Nahverkehr seine Aufgabe erfüllt. Das packen wir an. Und wir tragen Verantwortung dafür, dass die knappen Mittel in Berlin an der richtigen Stelle eingesetzt werden.

Bildungsministerin Sandra Scheeres hat dafür gesorgt, dass bereits nach den Winterferien rund 300 Neueinstellungen von Lehrerinnen und Lehrern erfolgten, weitere fünfzig folgen in diesen Wochen. Das Kitaangebot wird ausgebaut. Die Bundesländer müssen künftig für 35 Prozent der Kinder im Alter von ein bis drei Jahren Plätze anbieten - Berlin erreicht schon heute 43 Prozent. Aber wir werden bis 2015 bedarfsgerecht weitere 19.000 Plätze schaffen, mit Hilfe von Bundesmitteln, aber auch mit 20



*Der SPD-Landesvorsitzende und Senator für Stadtentwicklung und Umwelt Michael Müller - hier bei der Baustellenbesichtigung von Haus Cumberland am Kudamm - zieht eine Bilanz der ersten hundert Tage des Senats. Foto: Duclos*

Millionen Euro aus dem Berliner Haushalt. In 26 Familienzentren in sozialen Brennpunkten werden Eltern Rat und Unterstützung finden, erstmals steigt das Land Berlin in die Finanzierung dieser Zentren ein. Und auch die Ausbildungskapazitäten im Erzieherbereich werden erhöht.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist ein großes Projekt dieses Senats. Dilek Kolat setzt hier als Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen deutlich neue Akzente. Wenn neue Jobs in der Stadt entstehen, dann sollen arbeitslose Berlinerinnen und Berliner davon profitieren. Langzeitarbeitslose werden künftig eine zielgenaue Qualifizierung erhalten. Es geht darum, die Chancen Arbeitsloser auf dem 1. Arbeitsmarkt zu verbessern. Wir engagieren uns gegen Dumpinglöhne, indem wir zum Beispiel auf Bundesebene eine Stundenbegrenzung bei den 400-Euro-Jobs durchsetzen wollen. Und als Sozialdemokraten setzen wir uns selbstverständlich weiter für

Mindestlöhne ein, auch wenn hier bedauerlicherweise der Koalitionspartner CDU nicht mitzieht.

Mit einem Bündel von Maßnahmen wollen wir den Mietanstieg begrenzen. Als eine der ersten Maßnahmen habe ich die pauschalen Mieterhöhungen der städtischen Wohnungsbaugesellschaften gestoppt. Wir brauchen hier neue Konzepte, die die unterschiedliche finanzielle Situation der Mieterinnen und Mieter besser berücksichtigen. Mit einer gezielten Vergabe von Grundstücken wollen wir zudem Neubauten im großen Umfang ermöglichen. Wir erarbeiten gerade die Vorlage für eine neue, regional orientierte Zweckentfremdungsverbotsverordnung, damit wir aktiv gegen zu viel Ferienwohnungen vorgehen können. Das Straßenausbaubeitragsgesetz ist abgeschafft, 600.000 bereits vereinnahmte Euro werden zurückgezahlt.

Berlins Landeshaushalt setzt uns auch künftig enge Grenzen. Dank guter Vorarbeiten in der vergangenen Legislaturperiode hat Finanzsenator Nussbaum einen Haushaltsentwurf vorlegen können, der bereits die neuen Schwerpunkte etwa im Bildungsbereich berücksichtigt. Berlin hält seinen Konsolidierungskurs. Wir haben die Erhöhung der Grunderwerbssteuer um 0,5 Prozent beschlossen. Mit RWE laufen Rückverkaufsverhandlungen über die Anteile an den Wasserbetrieben.

All das sind nur Ausschnitte dessen, was in den ersten hundert Tagen in Angriff genommen wurde. Die Berliner SPD hat dabei die Akzente gesetzt. Gemeinsam, der Senat zusammen mit Fraktion und Partei, können wir diesen Weg auch weiterhin erfolgreich fortsetzen. Denn: Unser oberstes Ziel ist es, den Zusammenhalt in der Stadt zu stärken. **Michael Müller** □

## Haushaltsentwurf: Erfolg für die Kultur

**Als vollen Erfolg für die Berliner Kultur hat die kulturpolitische Sprecherin der SPD Fraktion Brigitte Lange den vom Senat vorgelegten Entwurf für den Doppelhaushalt 2012/13 bezeichnet.**

Mit den neuen Zuschüssen, die sich 2012 auf 362 Millionen und 2013 auf 366 Millionen Euro erhöhen werden, soll vor allem der Bau einer modernen Metropolenbibliothek auf dem Tempelhofer Feld verwirklicht werden. Die Zentrale Landesbibliothek ist das Flaggschiff der öffentlichen Bibliotheken Berlins und mit mehr als 1,4 Millionen Besucherinnen und Besuchern

die größte Bibliothek Deutschlands. „Es freut mich persönlich sehr, dass nach einem langen Kampf der Baubeginn für eine moderne Metropolenbibliothek noch in dieser Legislaturperiode vorgesehen ist“, so Brigitte Lange.

Aber auch andere Investitionen stärken die Rolle Berlins als Kulturmetropole. Brigitte Lange: „Für mich war es wichtig, dass vor allem die freien Gruppen gefördert werden. Auch dieses Ziel haben wir in den Haushaltsverhandlungen erreicht: Die Mittel für die Freie Szene werden ebenso wie die Mittel für den Bereich der zeitgenössi-

schen Bildenden Kunst um jeweils 500.000 Euro erhöht. Zusätzliche Mittel werden für das Atelierförderprogramm des Landes bereitgestellt, um 100 neue Ateliers in das Programm aufzunehmen und 25 neue Musik-Proberäume einrichten und fördern zu können. Auch der Projektfonds Kulturelle Bildung hat sich erfolgreich etabliert und soll in den nächsten Jahren erneut mit 2 Millionen Euro gefördert werden. Mit dem vorgelegten Kulturhaushalt 2012/13 setzt der Senat somit trotz schwieriger Rahmenbedingungen ein deutliches Zeichen zugunsten von Kunst & Kultur.“ **BS** □

Daseinsvorsorge:

# Rekommunalisierung in der Praxis

SPD-Fraktion setzt „AG Daseinsvorsorge“ ein - Ergebnisse bis zur Sommerpause

**Eine leistungsfähige Wirtschaft und mehr gute Arbeit für Berlin - das war die zentrale Botschaft der Berliner SPD-Fraktion während ihrer Klausurtagung im Januar 2012. Dabei wurde auch ein klares Bekenntnis für einen starken öffentlichen Einfluss auf Unternehmen der Daseinsvorsorge abgegeben. Folgerichtig wurde inzwischen eine spezielle Arbeitsgruppe eingerichtet, die sich bis zur Sommerpause mit den konkreten Möglichkeiten für eine Rekommunalisierung in den Bereichen S-Bahn, Energienetze und Wasser beschäftigt.**

Wörtlich heisst es im Beschluss: „Die SPD-Fraktion bekennt sich zu einem starken öffentlichen Einfluss auf Unternehmen der Daseinsvorsorge. Deshalb wollen wir Ziele der Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit dauerhaft mit Zielen der Nachhaltigkeit und der Absicherung sozialer Standards verbinden. Wir wollen den Einfluss des Landes auf die Wasserpreise erhöhen und nach der Entscheidung des Bundeskartellamtes prüfen, welchen Spielraum es für Preissenkungen gibt. Wir wol-



Daniel Buchholz leitet die „AG Davos“.

Foto: SPD Berlin

len die Teilprivatisierung der Wasserbetriebe kritisch prüfen und verändern. Die Rekommunalisierung der privaten Anteile der Berliner Wasserbetriebe und der Energienetze werden wir prüfen und die Konzessionsverträge für Energienetze an Nachhaltigkeitskriterien binden.“

Die fraktionsinterne Arbeitsgruppe „Daseinsvorsorge“ hat damit die Themen Rekommunalisierung der Gas- und Stromnetze, Erhöhung des Einflusses auf die Berliner Wasserbetriebe, Umgang mit der S-Bahn sowie 30.000 zusätzliche Wohnungen in kommunaler Hand auf der Tagesordnung. Zur AG, die inzwischen den liebevollen Kosenamen „AG Davos“ erhalten hat, gehören 9 Abgeordnete, die bewusst verschiedene Sichtweisen in die Arbeit einbringen sollen. Für den AK Wirtschaft Frank Jahnke, Liane Ollech und Jörg Stroedter, für den AK Stadtentwicklung/Umwelt Daniel Buchholz (Vorsitz), Ellen Haußdörfer und Nikolaus Karsten, sowie für den AK Finanzen Sven Heinemann, Karlheinz Nolte und Clara West.

Die AG Davos hat am 16. Februar erstmals getagt und trifft sich alle zwei Wochen. Bis zur Sommerpause soll der Fraktion ein Abschlussbericht vorgelegt werden, Teilberichte ggf. auch früher. Dabei geht es nicht nur um Kosten und Nutzen verschiedener Rekommunalisierungs-Optionen. Es sollen kurz-, mittel- und langfristige Effekte beleuchtet und eine Prioritäten-, Kosten- und Vorschlagsliste erarbeitet werden, damit die Fraktion eine konkrete Entscheidungsgrundlage erhält. Vertreter des Senats, aber auch externe ExpertInnen werden dafür bei Bedarf durch die AG Davos angehört. **Daniel Buchholz** □

## Am richtigen Platz

Sekundarschulen haben an Akzeptanz gewonnen

**„Das neue Anmeldeverfahren hat sich gut etabliert, die Sekundarschulen haben erneut an Akzeptanz gewonnen.“ So bewertete Sandra Scheeres, Senatorin für Bildung, Jugend und Wissenschaft, die ersten vorläufigen Anmeldezahlen an den Berliner Oberschulen. „Aufgrund der sinkenden Schülerzahlen und guten Vorbereitung der Platzkapazitäten durch die Bezirke können an zahlreichen Schulen noch Plätze angeboten werden. Ich freue mich, dass für die meisten Kinder ein Platz an ihrer Wunschschule zur Verfügung steht“, so Sandra Scheeres.**

In den vorläufigen Anmeldezahlen (bei einem Anmeldestand von 92 Prozent der zu erwartenden Schülerinnen und Schüler) bestätigte sich der Trend des vergangenen Jahres. Der prozentuale Anteil an Gymnasialanmeldungen hat weiter abgenommen: Gymnasien verzeichneten 42 % der Anmeldungen (2011: 44 %, 2010: 45 %), die Integrierten Sekundarschulen 58 % der Anmeldungen (2011: 56 %, 2010: 55 %).

Der Andrang auf einzelne Oberschulen ist in diesem Jahr schwächer ausgefallen. Von insgesamt 122 Integrierten Sekundarschulen hatten am letzten Tag der Anmel-

dung noch 86 Schulen freie Plätze (2011: 77); an den 94 Gymnasien standen noch an 67 Schulen Plätze zur Verfügung (2011: 55). Bemerkenswert ist, dass sich das Anmeldeverhalten insgesamt auf ein größeres Spektrum von Schulen verteilt. Dadurch bekommen mehr Eltern die Schule, die sie sich für ihre Kinder wünschen.

Bezirksbezogen sind Gymnasialplätze zurzeit nur in Friedrichshain-Kreuzberg übernachgefragt; bei den Sekundarschulplätzen betrifft es die Bezirke Treptow-Köpenick und Tempelhof-Schöneberg. Im vergangenen Jahr waren jeweils drei Bezirke von der Übernachtfrage betroffen.

Die Integrierten Sekundarschule verfügen insgesamt über 13.369 Plätze, dem standen einen Tag vor Anmeldeschluss 12.236 Anmeldungen gegenüber. An den Gymnasien gibt 10.408 Plätze, hier lagen zur gleichen Zeit 8.916 Anmeldungen vor.

Unverändert sind die Anteile der Förderprognosen an den Schularten: 14 % der Anmeldungen an Integrierten Sekundarschulen stammen von Schülerinnen und Schülern mit der Förderprognose für das Gymnasium. An den Gymnasien haben 86 % die Förderprognose für das Gymnasium. **BS** □

**Ausstellung:**

## Lala Süsskind zu Gast bei Petra Merkel

**Am 13. März endet die bewegende Ausstellung „Vergessene Nachbarn - Stolpersteine in Charlottenburg-Wilmersdorf“ im Wahlkreisbüro der Bundestagsabgeordneten Petra Merkel.**

Gemeinsam mit Lala Süsskind, ehemalige Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Berlin, diskutiert Petra Merkel an diesem Tag über „Die Bedeutung der Stolpersteine für die jüdische Gemeinde“. Die Ausstellung kann noch bis einschließlich 13. März zu den Öffnungszeiten des Wahlkreisbüros besichtigt werden: montags und dienstags von 12 bis 16 Uhr sowie mittwochs und donnerstags von 10 bis 14 Uhr. **PM** □

➡ Diskussion am Dienstag, dem 13. März 2012, von 16.00 bis 17.30 Uhr. Da die Plätze begrenzt sind, ist eine Anmeldung unter [petra.merkel@wk.bundestag.de](mailto:petra.merkel@wk.bundestag.de) oder telefonisch unter 227 77263 unbedingt erforderlich.

# Mädchen machen Politik

Berliner SPD ist beim Girls' Day wieder dabei

**Bereits zum 11. Mal findet in diesem Jahr der Girls' Day statt, diesmal am 26. April. Die positive Resonanz der Beteiligten auf beiden Seiten zeigt, wie wichtig dieser Tag ist: 88% der Betriebe und Einrichtungen, die sich am Girls' Day 2011 beteiligt haben, waren mit ihrer Teilnahme zufrieden oder sehr zufrieden. Bei einer Umfrage unter den 10.000 Teilnehmerinnen hat der Aktionstag 93 Prozent der Mädchen gut oder sehr gut gefallen. Und 40 Prozent der beteiligten Organisationen freuten sich nach dem Girls' Day über Anfragen nach Ausbildungs- und Praktikumsplätzen in den vielen Berufen, in denen Frauen immer noch stark unterrepräsentiert sind.**

Gerade in Zeiten der intensiven Gleichstellungsdebatte in der SPD ist der Girls Day natürlich auch für die SPD wieder eine hervorragende Gelegenheit, junge Mädchen anzusprechen und sie für die Politik sowie natürlich die SPD zu interessieren.

Dieses Jahr werden über 50 Schülerinnen unter dem Motto „Mädchen machen Politik“ Politik als Beruf kennenlernen. Neben dem Abgeordnetenhauspräsidenten Ralf Wieland, dem Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit, SenatorInnen, BezirksbürgermeisterInnen sowie Stadträten bieten die SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses und die Berliner Bundestagsabgeordneten Schülerinnen der Klassenstufen 7 bis 13 einen Einblick in den politischen Berufsalltag der verschiedenen Ebenen.

Mit der Teilnahme am Girls' Day will die Berliner SPD so junge Frauen ermutigen, sich für die immer noch männlich geprägte Berufswelt der Politik zu interessieren, poli-



Spannende Einblicke in die Politik: Girls' Day 2011.  
Foto: SPD

tisch zu engagieren und ihre eigenen Vorstellungen einzubringen.

Der Girls' Day beginnt für die Mädchen bei der SPD um 8.30 Uhr traditionell mit einem kleinen Frühstück im SOS-Berufsbildungszentrum in den Osram Höfen. Anschließend fahren die Mädchen mit den PolitikerInnen zu den jeweiligen Arbeitsplätzen im Bundestag, Abgeordnetenhaus, in den Bezirksämtern oder den Berliner Rathäusern. Um 12.30 Uhr kommen alle Mädchen zusammen, lernen das Berliner Abgeordnetenhaus kennen und können an einer Plenarsitzung teilnehmen. Eine gemütliche Abschlussrunde ab 13.30 Uhr bietet die Möglichkeit für weitere Gespräche mit den teilnehmenden PolitikerInnen.

Insgesamt ein abwechslungsreicher Tag in der Berliner Politik ganz nah an den PolitikerInnen, die man sonst nur aus der Zeitung oder dem Fernsehen kennt. Und sicher treffen wir in den kommenden Jahren junge Genossinnen in der SPD, die durch den Girls Day angeregt wurden, sich politisch in der SPD zu engagieren.

**Babaka Tracy Mputu** □

Link zur Girls' Day-Seite: [www.girls-day.de](http://www.girls-day.de)

## Wie vermeiden wir Altersarmut?

**„Wie vermeiden wir Altersarmut?“, so lautet der Titel der Diskussionsrunde, zu der der SPD-Bundestagsabgeordnete Swen Schulz im Rahmen der Reihe Zukunftsdialog am 22. März um 19.00 Uhr ins Kulturhaus Spandau einlädt. Prominenter Gast ist der langjährige Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen der SPD, Ottmar Schreiner.**

Gebrochene Erwerbsbiografien, aber vor allem Niedriglöhne bedrohen die Rentnerinnen und Rentner von morgen mit Altersarmut. Deutschland hat inzwischen einen der höchsten Niedriglohnanteile in Europa. Die Aufnahme atypischer Beschäfti-

gungen wächst und die Zahl der Aufstocker steigt. Lohndumping kostet den Staat bereits heute Milliardenbeträge. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert seit Jahren einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn. Rentner, die 35 bis 40 Jahre Vollzeit gearbeitet haben, müssen deutlich mehr bekommen als Hartz IV. Eine Sockelrente, die oberhalb der heutigen Grundsicherung liegt, ist ein weiteres Instrument mit der die Sozialdemokraten Altersarmut künftig vermeiden wollen. **BS** □

➔ „Wie vermeiden wir Altersarmut?“ 22.3., 19.00 Uhr, Kulturhaus Spandau, Galerie, Mauerstr. 6, 13597 Berlin-Spandau, Anmeldung unter Tel.: 227 70 187.“

## FRAKTION INTERN

**Bundespräsidentenwahl.** Die SPD-Fraktion hat vier Wahlfrauen und vier Wahlmänner für die Bundesversammlung nominiert. Sie wurden in der Plenarsitzung des Berliner Abgeordnetenhauses gewählt. Die Mitglieder der Delegation sind: Klaus Wowereit, Regierender Bürgermeister von Berlin; Raed Saleh, MdA, Vorsitzender der SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses; Michael Müller, MdA, Landesvorsitzender der SPD Berlin und Senator für Stadtentwicklung und Umwelt; Michael Sommer, DGB-Bundesvorsitzender; Iris Spranger, MdA, stellvertretende Landesvorsitzende der SPD Berlin; Dr. Susanne Kitschun, MdA, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion; Angelika Schöttler, Bezirksbürgermeisterin Tempelhof-Schöneberg und Sabine Röhrbein, Vorsteherin der Bezirksverordnetenversammlung Pankow und stellvertretende ASF-Landesvorsitzende.

### „Kiez im Blick“ - Raed Saleh auf Tour.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses, Raed Saleh, startete am 2. März 2012 seine Tour „Kiez im Blick“. Saleh sagt: „Ich werde in den kommenden Monaten in alle Berliner Bezirke gehen. Dabei will ich mir nicht nur die Vorzeigeprojekte anschauen sondern auch die Hinterhöfe. Ich werde mich darüber informieren, wie unsere Politik vor Ort wirkt.“

Der Beginn der Tour ist in Hohenschönhausen im Wahlkreis der SPD-Abgeordneten und Vorsitzenden des Sportausschusses, Karin Seidel-Kalmutzki. Auf dem Programm steht am Vormittag ein Gespräch mit den Geschäftsführerinnen des städtischen Wohnungsunternehmens HOWOGE, anschließend besucht Saleh das Welsekiez-Management. Weiter geht es mit einer Busrundfahrt durch Hohenschönhausen, Haltepunkte sind der gemeinnützige Verein Spik e.V., der S-Bahnhof Hohenschönhausen und das Kundenzentrum der HOWOGE. Am Nachmittag besichtigt der Fraktionsvorsitzende das Projekt „Boxen statt Gewalt“ im Wettkampf- und Trainingszentrum Wustrower Straße. Die Busfahrt endet mit einem Besuch im Tierheim Berlin.

**Polnisches Atomenergieprogramm.** Alle Fraktionen des Berliner Abgeordnetenhauses haben auf Initiative der SPD-Fraktion den gemeinsamen Antrag „Den Erneuerbaren Energien gehört die Zukunft - polnisches Atomenergieprogramm überdenken“ ins Parlament eingebracht und beschlossen. Darin wird die polnische Seite gebeten, ihre Planungen für den Bau von Atomkraftwerken zu überdenken und den Einsatz erneuerbarer Energien zu prüfen.

CS □

## Parteiwahlen

# Viel ehrenamtliches Engagement

Erste Wahlergebnisse aus Abteilungen und Arbeitsgemeinschaften der Kreise

**Die Berliner Stimme veröffentlicht in dieser und der kommenden Ausgabe die neu gewählten geschäftsführenden Vorstände, soweit sie uns mitgeteilt werden.**

## CHARLOTTENBURG- WILMERSDORF

**Abteilung 71.** Vorsitzender ist wieder Günter Hentschel, Stellvertreter sind Constanze Klimkowsky, Dr. Felicitas Tesch und Robert Wolf, Kassierer: Uwe Engelhard und Schriftführer: Klaus Hirschfeld.

**Abteilung 75.** Neuer Vorsitzender wurde Johannes Reichersdorfer, neue Stellvertreterinnen sind Julia Bartels, Kristina Göllner, Rainer Eurskens wurde wiedergewählt. Kassierer ist jetzt Bastian Jantz, Schriftführerin Katharina Körting.

**Abteilung 76.** Neue Vorsitzende ist Birgit Henjes, neue Stellvertreter sind Elisabeth Körting sowie der bisherige Vorsitzende Gotthard Krupp, Kassierer ist Helmut Kynast, Schriftführerin: Carmen Gellrich

**Abt. 78 Neu-Westend.** Die Mitglieder der SPD Neu-Westend bestätigten Robert Drewnicki einstimmig als Abteilungsvorsitzenden. Ebenfalls wiedergewählt wurden seine drei Stellvertreter Angela Fortong, Stefanie Jansen-Winkeln und Alexander Sempf sowie der Abteilungskassierer Joachim Kuntze und der Schriftführer Björn-Markus Gerlach.

**Abteilung 91.** Den Vorsitz hat weiter Dr. Georg Dybe. Neue Stellvertreter sind Oliver Henneberg und Dr. Andrea Despot. Bernd Kubiessa wurde ebenso wie Kassierer Hans-Jürgen Reinecke und Schriftführer: Holger Wuttig wiedergewählt.

**Abteilung 95.** Karsten Krüger wurde als Vorsitzender wiedergewählt, Barbara Scheffer bleibt Stellvertreterin. Neu dazu kommt Philipp Mühlberg. Kassierer bleibt Annegret Hansen, Schriftführer Manfred Lehmann.

**Abteilung 96.** Neue Vorsitzende ist Susanne Kabitz, als Stellvertreter wurden Werner Kleist und Kathrine Kollenberg gewählt. Kassierer ist Cora-Beate Schumann, Schriftführerin Friedericke Lemme.

**Abteilung 97.** Vorsitzende bleibt Constanze Röder, Stellvertreter Florian Dörstelmann. Neue Stellvertreterin wurde Isabel Herrmann. Kassierer bleibt Dr. Kai Lobo, neuer Schriftführer ist Udo Rienaß.

**AfA.** Neuer Vorsitzender ist Gotthard Krupp, Stellvertreter sind Annegret Hansen und Eberhard Henze.

**AGS.** Maria Haller ist Vorsitzende.



Stimmzettel-Auswahl: Die Berliner SPD wählt neue Vorstände.

Foto: BS

**Schwusos.** Vorsitzender wurde Ralph Ehrlich, Stellvertreter sind Annegret Hansen und Sylvio Liefke.

## NEUKÖLLN

**Abt. 1 Rixdorf.** Abteilungsvorsitzender ist Thomas Rosenland, Nicola Böcker, Marco Preuß (26) bleiben Stellvertreter, neue Stellvertreterin ist Elisabeth Pyrlick-Schalopp. Abteilungskassierer ist Matthias Richter, Abteilungsschriftführerin Siegrun Kastens.

**Abt. 9.** Birgit Stapf-Finé ist als Abteilungsvorsitzende wiedergewählt, Derrick Kanngießer als Stellvertreter. Neue Stellvertreterin wurde Katharina Hartmann. Michael Lüdtke ist Kassierer und Ingrid Herrmann-Schmidt Schriftführerin.

**Abt. Rudow.** Vorsitzender ist Oliver Henschel, stv. Vorsitzende sind Martin Hikel, Peter Scharmberg und Diane Hall-Freiwald. Kassierer ist Christa Kaiser, Schriftführer Marc-Niklas Förster.

## STEGLITZ-ZEHLENDORF

**AG Migration.** Mit Günther Schulze als Vorsitzendem, Charikleia Mastora und Dmitri Stratiewski als stellvertretenden Vorsitzenden, Katharina Noryskiewicz als Schriftführerin sowie den weiteren Vorstandsmitgliedern Gerlinde Bernsdorff, Dagmar Brilleaud, Dolly Conto Obregon, Norbert Lingfeld, Nikolai Paul und Werner Stratmann gehören dem Vorstand je fünf Frauen und fünf Männern an, die ursprünglich aus Griechenland, Kasachstan, Kolumbien, Polen, Ukraine und den unterschiedlichen deutschen Regionen Berlin,

Bremen, Niedersachsen und dem Rheinland stammen.

**Abteilung Lichterfelde Ost und Süd.** Vorsitzender ist Dr. Holger Fabig, stv. Vorsitzende sind Dagmar Brilleaud, Wolfgang Kornau und Günther Schulze, Kassierer: Prof. Dr. Helmut Schmidt und Schriftführer: Philipp Zschaler.

## TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

**1. Abteilung.** Am 08.02. wurde Oliver Schworck als Vorsitzender bestätigt. Stv. Vorsitzende sind Margrit Zauner, Martin Müller-Follert und Selda Özdemir, Schriftführer Chris Landmann und Kassierer Norbert Giesen.

Die **7. Abteilung** hat am 21.02.2012 einen neuen Vorstand gewählt. Vorsitzende ist Anne-Kathrin Helmstorf, stv. Vorsitzende sind Anett Baron, Anselm Mattes, Kassierer Roland Hergesell und Schriftführer André Riemer.

**SPD Friedenau.** Mit 52 zu 44 Stimmen setzte sich Serge Embacher gegen Antje Schwarzer bei der Wahl zum Vorsitz durch. Neue Stellvertreter sind Felix Bethmann und Hannelore Herlan, im Amt bestätigt wurde Martina Reichardt. Neue Schriftführerin wurde Katrin Greve-Grönebaum, Kassierer blieb Karsten Hinz.

## TREPTOW-KÖPENICK.

**AfA.** Ursula Walker wurde als neue Vorsitzende gewählt. Ihre Stellvertreter sind Lars Düsterhöft, Volkmar Panamatschuk und Robert Willemelis.

**ASG.** Lars Düsterhöft ist neuer Vorsitzender der ASG, seine Stellvertreter sind Ellen Hausdörfer und Joachim Born, Schriftführerin wurde Jutta Portée. Die AG will sich weiterhin auch für den Bereich Soziales zuständig fühlen.

**Abt. 3.** Karin Zehrer ist weiterhin Vorsitzende, ihre Stellvertreterinnen sind Renate Harant und Daniela Ruhe, Kassierer bleibt Eva Duda und Karin Arndt ist neue Schriftführerin.

**Abt. 5.** Robert Schaddach wurde neuer Vorsitzender, seine Stellvertreter sind Regina Klinger, David Lofing und Volkmar Panamatschuk, Kassierer bleibt Helmut Kroschel, Schriftführerin wurde Maria Bormann.

**Abt. 8.** Karlheinz Nolte bleibt Vorsitzender, Stellvertreter sind Irina Vogt, Frank Bankstahl und Nico Schmolke, Kassierer bleibt Horst Haffner, neue Schriftführerin wurde Yvonne Mockenhaupt. **BS** □

Bildung:

# Soziale Ungleichheit bekämpfen

Dr. Andreas Boehme: Bildungspolitik im Übergang - Potenziale und Entwicklungsbedarfe

**Mit Sandra Scheeres hat die Berliner Bildungspolitik eine Senatorin gewonnen, die die anstehenden Umstrukturierungen in der Bildungs- und Erziehungslandschaft Berlins mit der ihr eigenen großen Motivation und inneren Überzeugung anpacken wird. Schon die aktuellen Verhandlungen über den Bildungshaushalt haben gezeigt, dass mit der Neubesetzung der politischen Spitze andere Schwerpunkte gesetzt werden als es der Vorgänger tat.**

So werden die Bereiche Bildung, Jugend und Familie im neuen Haushalt finanziell deutlich besser als bislang ausgestattet sein und damit aufgewertet. Dies ist sicherlich dem Verhandlungsgeschick, der Durchsetzungsstärke aber auch der Resilienz der Senatorin gegenüber den Begehrlichkeiten anderer zu verdanken, denen der Blick für die gesellschaftliche Bedeutung von Bildung und Erziehung in unserer Stadt ab und zu verloren geht. Insofern ist es nur konsequent und politisch richtig, in dieser Legislaturperiode den Fokus auf die angestoßenen tief greifenden und umfangreichen Reform- und Strukturmaßnahmen in Kita, Schule, Familien- und Jugendhilfe zu legen.

## DEUTLICH AUFGESTOCKTER HAUSHALT

Selbstredend ist der Wissenschaftsbezug für die Stadt von großer Bedeutung. Und da ich viele Jahre an der Freien Universität beschäftigt war liegt mir dieser Bereich auch am Herzen. Gleichwohl konnte in der vergangenen Legislaturperiode für die Wissenschaft und Forschung viel gewonnen werden. Ich erinnere z. B. an die Einstein-Stiftung, die mit 150 Millionen Euro ausgestattet wurde. Auch wurden die Haushalte der Hochschulen im Wesentlichen stabil gehalten und die Finanzierung von Anschluss- oder Erweiterungsgebäude möglich. Hier wurde also viel getan.

Mit dem erfreulicherweise deutlich aufgestockten Haushalt ihres Ressorts ist die Senatorin gut aufgestellt, um die anliegenden Reform- und Problemfelder zu bearbeiten. Und diese sind auch nach mehr als 10 Jahren sozialdemokratischer Führung des Bildungs- und Erziehungsressorts immer noch groß.

Vor allem die Optimierung der Sekundarschulreform sowie die anstehende Integration von Kindern und Jugendlichen mit Handicaps in Kindertagesstätten und Regelschulen, im Rahmen der Inklusionsfor-



*In der Carl-Kraemer-Grundschule in Berlin-Mitte startete die Senatorin für Bildung, Jugend und Wissenschaft, Sandra Scheeres, Mitte Februar ihre Schultour durch alle Berliner Bezirke. Sie traf sich mit der Schulleitung, Elternvertretung sowie Mitgliedern des Lehrerkollegiums. Auf dem anschließenden Rundgang durch die Schule besuchte sie mehrere Klassen. Die Carl-Kraemer-Grundschule hat sich dem Motto „Vielfalt ist Reichtum“ verschrieben. Elementarer Bestandteil des Schulkonzepts ist das jahrgangsübergreifende Lernen, das wegen seiner guten Ergebnisse seit diesem Halbjahr auch in den Klassenstufen 4 - 6 für eine kurze Projektphase eingeführt wurde.*

*Foto: Frank Schulenburg*

derungen von EU und UNO, sind hier zu nennen.

Ebenso ist nach wie vor die Lehrerbildung ein Acker, auf dem viele pflügen und säen, aber kein vernünftiger Ertrag erwirtschaftet wird. Hier muss die Zuständigkeit der abnehmenden Institution klarer als bislang sichtbar werden. Aber auch in den Bereichen, berufliche Bildung, Hilfen zur Erziehung, Auswahl und Überprüfung von Pflegefamilien, Fortbildung von Jugenddamtsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern sowie der sachlich und inhaltlich gebotenen Zusammenarbeit mit anderen Senatsverwaltungen z. B. im Bereich „Soziale Stadt“ stehen Optimierungsbedarfe an.

Für den Bereich Wissenschaft ist zu konstatieren, dass hier einerseits die Hochschulzugänge für breitere Bevölkerungsschichten im Sinne einer Demokratisierung von Bildung geöffnet werden müssen. Andererseits muss die Qualität von Weiterbildungsstudiengängen und von Studiengängen überhaupt systematisch geprüft werden. Dazu reicht es nicht, Studien- und Prüfungsordnungen abzunicken, sondern diese müssen auch auf ihre Sinnhaftigkeit hin untersucht werden. Schließlich hatten wir in der zurückliegenden Legislaturperiode auch auf der Agenda, die Organisations- und Verwaltungsstruktur der Senatsverwaltung selber zu optimieren: „Es wird eine Reduzierung des pädagogischen Personals der Bildungsver-

waltung geprüft mit der Zielstellung, auslaufende Stellen zur pädagogischen Verbesserung in die Schulen zu geben“ (KOA-Vertrag 2006, Seite 10). Auch hier besteht aufgrund von Nichterfüllung Handlungsbedarf.

## SKEPSIS DER ELTERN

Aus der Fülle der arbeitsintensiven Themenfelder will ich eine sehr virulente Problemlage herausgreifen. Die Frage nämlich, warum immer weniger Eltern nicht ganz selbstverständlich die Schule um die Ecke für ihre Kinder wählen, sondern stattdessen das Privatschulwesen eine immer größere Popularität bei Eltern genießt. Dies sind Fakten, in deren Gefolge erhebliche Probleme auf das Bildungssystem zukommen. Denn diese Frage kann nur so beantwortet werden: Eltern trauen den Verhältnissen vor Ort nicht! Sie wollen die beste Schule für ihr Kind, und um diese zu erreichen nehmen sie auch lange Wege in Kauf und sind bereit, gegen schulgesetzliche Bestimmungen bewusst zu verstoßen. Dabei spielt es zunächst keine Rolle, ob die elterlichen Fantasien zutreffen oder nicht.

So ein Handeln kann man auf der einen Seite als egoistisch verurteilen, auf der anderen Seite kann man aber auch Verzweiflung und Sorge um die Chancen des Nachwuchses vermuten. In jedem Fall aber bewirkt die Mobilität Entmischungsprozesse auf Schulsystemebene. Man wohnt zwar noch im „hippen Kiez“ bringt aber sein Kind quer durch die Stadt auf die bilinguale Europaschule in Charlottenburg.

Zurück bleiben Schulen und Klassen, in denen unterschiedliche Leistungs- und Lebenskulturen kaum noch erfahrbar sind, in denen Schüler mit sehr unterschiedlichen Handicaps und nicht selten psychischen Störungen kumulieren. Eine gemeinsame Beschulung von Kindern unterschiedlicher soziokultureller Milieus gehört an vielen Orten der Stadt der Vergangenheit an. Solche und ähnliche Befunde, die zugegeben hier etwas verkürzt wiedergegeben sind, werden von Schulleitungen aus innerstädtischen Bezirken schon länger und immer häufiger nun auch von Lehrkräften aus angrenzenden Bezirken berichtet. Aber auch die Forschung hat in regelmäßigen Abständen auf die hohe soziale Selektivität und segregative Wirkung dieser Entwicklungen hingewiesen.

Was heute eine Massenbewegung ist: Schulflucht und massive Schülermobilität

**Fortsetzung Seite 8**

**Fortsetzung von Seite 7**

war vor vierzig Jahren eine Randerscheinung und fiel kaum ins Gewicht. Wir müssen konstatieren, dass alle Versuche, diese Bewegung steuern zu wollen, gescheitert sind. Das Misstrauen von Eltern wurzelt vor allem in der Annahme, dass ihre Kinder unabhängig wo sie in Berlin zur Schule gehen, keine vergleichbaren Bildungs- und Erziehungsstrukturen oder -inhalte vorfinden. Es ist ja auch schwer erklärbar, wie Leistungsunterschiede z. B. zwischen 8. Klassen innerhalb einer Schule und von bis zu 1 fh Jahren möglich sein können, wenn wir PISA glauben schenken. Bildungssoziologisch kann man diese Entwicklung als Individualisierung und Differenzierung von Lebensentwürfen charakterisieren. Konkurrenz motive und Egoismen sind Folgen der Pluralisierung von Lebensverhältnissen, der Endtraditionalisierung des Lebens bei gleichzeitigem Verlust von kulturellen und sozialen Bindungskraften.

**VERSCHIEDENE SCHULKULTUREN**

Für die Schule stellt sich die Frage, wie soll sie auf solch eine Entwicklung reagieren? Gibt es noch soziokulturelle Selbstverständlichkeiten, an die sie in Unterrichts- und Erziehungsprozessen anschließen kann? Denn nach wie vor wird ihr zugeschrieben, dass sie im Grunde die einzige Institution ist, die in dieser Gesellschaft Sozialisation vom Auftrag her betreibt. Sie ist die einzige Institution, die aufgrund von Schulpflicht von allen Mitgliedern dieser Gesellschaft durchlaufen werden muss. Manche sehen sie als die Instanz, die verloren gegangene gesellschaftliche Verhältnisse durch Erziehung wieder herstellen muss.

Bildungspolitisch stehen wir vor dem Problem, dass die beschriebenen Entmischungprozesse dazu führen, dass sich schon heute verschiedene Schulkulturen entwickeln, die gar nicht mehr aufeinander zurückführbar sind. Das widerspricht einerseits unserer Integrationsvorstellung, dass eine Gesellschaft eine Basiskultur haben soll, und dass es gilt, diese über Schule sicherzustellen. Andererseits steht dies auch im Gegensatz zu unserer Verfassung, die das Recht auf Bildung und Chancengleichheit einfordert, dem aber die Einzelschule unter Konkurrenz- und Selektionsbedingungen nur mühsam oder auch gar nicht nachkommen kann.

Als eine Maßnahme, Schulen auf diese veränderten Bedingungen einstellen zu können, gilt die erweiterte Selbstständigkeit, die jedoch nicht mit Autonomie verwechselt werden darf, da Schulen keine eigenständigen und rechtsfähigen Einrichtungen sind. Kernidee ist es, Schulen in die Lage zu versetzen, auf die systemischen Bedingungen und Veränderungszwänge in



*Dr. Andreas Boehme ist Vorstandsmitglied der Landes-AfB und des Fachausschusses Stadt des Wissens*

ihrem Umfeld flexibel und angemessen reagieren zu können. Um effektiv an die positiven Evaluationsergebnisse und Expertenempfehlungen der 14 Jahre alten Feldstudie anschließen zu können, müssen die damals geforderten Rahmenbedingungen und Ausstattungsmerkmale für Schulen, die bis heute kaum eingelöst wurden, verwirklicht werden. Nicht nur die generelle eigenständige Personalauswahl und die Hoheit über ein eigenes Finanzbudget standen auf der Agenda, sondern ebenso die Möglichkeit inhaltlich und strukturell autark auf Veränderungen im schulischen Umfeld mit entsprechenden vor Ort entwickelten Maßnahmen reagieren zu können.

**VERTRAUEN DER ELTERN ZURÜCKGEWINNEN**

Doch gerade in der Defizitanalyse liegt für die Senatorin nun die Chance, verlorenes Vertrauen bei Eltern zurückzugewinnen. Dies kann dann gelingen, wenn wir den Schulen die Möglichkeiten und Ausstattungen an die Hand geben, die sie - dabei beratend unterstützt von der Schulaufsicht - nach einer Selbstanalyse als nötig erachten, um das Schulhaus inhaltlich, strukturell und personell so aufzustellen, dass es zum Lernen einlädt. Denn nicht der Zufall oder das Los dürfen darüber entscheiden, dass einige sich die Bildung suchen, die sie wünschen und das andere nur noch das finden, was man dann lebenspraktisches Lernen nennt.

Dass die Senatorin sich vorgenommen hat, im Laufe der Legislaturperiode wöchentlich eine Schule zu besuchen, ist ein gar nicht hoch genug zu würdigender Anfang. Damit greift sie einen Ratschlag an ihren Vorgänger auf, den dieser zu den Akten legte, ohne dass er das vertrauensbildende Potenzial darin erkannte, ganz im Gegensatz zur Senatorin. Diese hat sich die Bekämpfung der sozialen Ungleichheit im gesamten Bildungssystem von Anfang an zum Thema gemacht. Dabei unterstützen wir sie solidarisch. **Dr. Andreas Boehme** □

**Wenn Deutschland wie Griechenland sparen müsste**

**Das Sparprogramm für Griechenland wird dessen Wirtschaft über Jahre bremsen. Zu dieser Einschätzung ist das Institut für Makroökonomie (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung gekommen. Eine Übertragung der griechischen Sparanstrengungen auf deutsche Verhältnisse macht das plastisch.**

Zu einem entschlossenen Konsolidierungskurs gibt es in Griechenland keine Alternative, stellt das IMK fest. „Doch die von der Troika aus EU, Internationalem Währungsfonds und Europäischer Zentralbank geforderten Einsparungen haben so massive Nebenwirkungen auf die Konjunktur, dass der Konsolidierungserfolg gefährdet sei“, so die Einschätzung der Finanzexperten.

Dass Griechenland die Defizit-Vorgaben der Troika verletzt, führt das IMK nicht in erster Linie auf fehlende Sparanstrengungen zurück. Vielmehr habe die Troika die Auswirkungen des Sparurses unterschätzt. So rechnete die Troika für 2011 zunächst mit einem Rückgang des griechischen Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 2,6 Prozent. Aktuelle Prognosen gehen hingegen davon aus, dass das griechische BIP in diesem Jahr um mindestens 5 Prozent schrumpft und auch 2012 zurückgeht.

IMK-Experte Henner Will hat die Sparvorgaben Griechenlands auf die deutsche Situation übertragen. Von 2010 bis 2014 muss der griechische Staat 52 Milliarden Euro einsparen oder durch höhere Steuern erwirtschaften. Das entspricht knapp 23 Prozent des BIP. Für Deutschland hieße das: Rund 500 Milliarden Euro Konsolidierung in fünf Jahren. Das ist fast so viel, wie Bund und Länder 2010 insgesamt an Haushaltsvolumen hatten (590 Milliarden).

Dramatisch würde auch die Kaufkraft sinken. Auf Deutschland übertragen müsste jeder Krankenversicherte mit Beitragserhöhungen von durchschnittlich 530 Euro jährlich rechnen. Die Mehrwertsteuer würde von 19 % auf 22 % erhöht, Kraftstoffsteuern steigen, Steuern auf Benzin, Zigaretten und Alkohol erhöhen sich um 33%. Die Gehälter öffentlich Bediensteter von durchschnittlich 3.250 € im Monat würden um 490 Euro gekürzt, Rentnerinnen und Rentner hätten pro Jahr 1.000 € weniger zur Verfügung, Arbeitslose pro Jahr 900 Euro weniger. Im öffentlichen Dienst stünden 460.000 Jobs auf dem Spiel. **BS** □



Finanzkrise:

# An den Bettelstab gebracht

## Griechenland braucht ein Wiederaufbauprogramm - Wer regiert nach den Neuwahlen?

**Seit etwa dreißig Jahren lebe ich in Deutschland. Nach dem Abitur bin ich zum Studieren nach Deutschland gekommen. Studium, Familie, Arbeit, Bonn-Berlin-Umzug. Eine prägende Zeit, die ich auch als sehr schöpferisch empfinde und für die ich Deutschland sehr dankbar bin. Dankbar für die Chancen, die mir hier geboten wurden, dankbar für die Möglichkeit, Kulturen zu vergleichen und das Positive aus deren Verschiedenheit zu verinnerlichen, dankbar für die Erweiterung meiner Horizonte.**

Gleichzeitig habe ich immer sehr selbstbewusst und sehr stolz auf die Frage nach meinem Herkunftsland geantwortet: Ich komme aus Griechenland! Die Reaktion darauf war immer außerordentlich positiv. Entweder sind die Leute in Griechenland im Urlaub gewesen und waren begeistert von Wetter, Landschaft und der Gastfreundschaft der Menschen, oder sie haben in der Schule Altgriechisch gehabt und bewunderten die Kultur und Philosophie der griechischen antiken Welt. Oder sie hatten nette Griechen als Nachbarn.

Das war so bis vor ungefähr zwei Jahren. Seitdem bin ich sehr irritiert. Auf einmal versucht man in den deutschen Medien und an deutschen Stammtischen den Griechen pauschal die Schuld für eine der schlimmsten Krisen der Geschichte Europas zuzuschreiben. Schnell war die Rede von faulen Griechen, die nicht arbeiten oder keine Steuern zahlen wollen, von korrupten Ärzten und Politikern, von veruntreuten Milliarden auf Schweizer Konten usw. Die Liste der Vorwürfe ist lang. Die Reaktion einiger griechischen Medien ließ nicht auf sich warten. Karikaturen mit Deutschen in Nazi-Uniformen, Forderungen nach nicht bezahlten Reparationen und Krediten aus dem zweiten Weltkrieg, Fernsehsendungen, die Feindschaften schüren usw. Plötzlich und subtil haben sich Feindbilder gebildet, die eine eigene Dynamik entwickeln und die guten Beziehungen der beiden Länder, die sehr mühsam nach dem Zweiten Weltkrieg zustande gekommen sind, wieder in Gefahr bringen. Gegenseitiger Respekt als Grundlage des miteinander politischen Handels wird auf beschämende Art und Weise von beiden Seiten leichtfertig verspielt. Das ist, wie ich finde, kulturlos, populistisch und beschämend.

Ja, Griechenland ist überschuldet und vorerst wieder einmal gerettet worden. Die Euro-Finanzminister haben sich am 21. Fe-



Athen - große Vergangenheit, ungewisse Zukunft.  
Foto: cc\_Fantasy

bruar 2012 auf ein neues Rettungshilfspaket von 130 Milliarden € geeinigt. Ich bin fest davon überzeugt (und ich weiß, dass es vielen Griechen schwer fällt, das zu glauben), dass sowohl die griechischen als auch die europäischen Politiker in dieser Welt der stetig auseinandertriftenden Einzelinteressen nach bestem Wissen und Gewissen und solidarisch mit Griechenland gehandelt haben.

Und trotzdem: Sparbedingungen wie die nochmalige Kürzung der Renten und Mindestlöhne bei gleichzeitiger drastischer Anhebung der Mehrwert-, Verbraucher- und Immobiliensteuern und die Forderung nach weiteren Entlassungen helfen den Griechen überhaupt nicht. Aussicht auf Beschäftigung haben die Menschen im Land kaum noch. Die jungen Leute werden wie Flüchtlinge ins Ausland getrieben, weil es keine Arbeitsplätze mehr gibt, die ihre Existenz sicher stellen würden. Die Renten der Älteren sind so weit gekürzt worden, dass sie nicht mal ihre Medikamente, geschweige alles andere zum (Über)Leben Notwendige bezahlen können. Eine soziale Grundversicherung wie Harz IV gibt es dort nicht. Die Stärke Griechenlands bestand in den solidarischen familiären Strukturen. Inzwischen ist aber jeder Einzelne so sehr auf die eine oder andere Weise von der Krise betroffen, dass gegenseitige Unterstützung fast unmöglich wird. Vielen bleibt nur der erniedrigende Gang zu den Suppenküchen, die meistens von kirchlichen Institutionen betrieben werden. Ich bin darüber bestürzt und mache mir große Sorgen um meine Familie, Freunde und die Menschen im Land.

Was das neue Paket genau umfasst und welche Zugeständnisse im Gegenzug Griechenland machen musste, kann man in den Medien genau verfolgen. Das Paradoxe ist aber, dass dieses Hilfspaket sich genauso wie das erste Hilfspaket nicht an den Bedürfnissen der Menschen orientiert, son-

dern an den Interessen der internationalen Finanzmärkte. Das heißt, dass ein Großteil des Geldes faktisch direkt an die Gläubiger des Landes fließt, während die Menschen noch mehr ins Elend gestürzt werden. Jahrzehntelange soziale Errungenschaften wurden und werden ohne Aussicht auf wirtschaftliche Gesundung abgeschafft. Die Griechen haben das Gefühl, dass die Politik das Land verraten und an den Bettelstab gebracht hat. Vertrauen ist verloren gegangen. Das Volk möchte wieder seine Souveränität zurückerlangen und fordert schnellstmöglich Neuwahlen.

Voraussichtlich Ende April wird es in Griechenland vorverlegte Parlamentswahlen geben. Diese Wahlen werden völlig neue politische Kräfteverhältnisse beschreiben. Weder für PASOK noch für Nea Dimokratia, bisher die beiden dominierenden Parteien dürfte es bei der nächsten Wahl zu einer regierungsfähigen Mehrheit reichen. Laut der jüngsten Umfrage könnten bis zu acht Parteien ins neue Parlament einziehen. Dem zufolge würde die PASOK mit 13,9 % nur noch drittstärkste Kraft, die konservative Nea Dimokratia (ND) erhalte 24 %. Die erst 2010 vom ehemaligen linken Abgeordneten Fotis Kouvelis gegründete Demokratische Linke (DIMAR) käme mit 15,2 % als zweitstärkste Kraft ins griechische Parlament. Es folgen die kommunistische KKE (11,9 %), die Linksallianz Syriza (10,7 %) und die rechtsorthodoxe LAOS (4,9 %). Den Einzug ins Parlament würden der Erhebung zufolge auch die Ökologen/Grüne (3,3 %) und die Demokratische Allianz von Ex-ND-Ministerin Dora Bakojanni (3,2 %) schaffen.

Welche Regierung nach den Wahlen gebildet wird, kann man nicht voraussagen. Sie wird aber vor einer Herkulesaufgabe stehen. Trotz der Hilfspakete und drastischen Spar- und Konsolidierungsmaßnahmen steigen die Schulden des Landes weiter an, weil die Rezession sich verschärft. EU-Parlamentspräsident Martin Schulz, die IG Metall und viele andere fordern dringend die Umsetzung eines Wiederaufbauprogramms für Griechenland. Ich wünsche und hoffe, dass so ein Konjunkturprogramm für Griechenland zügig und effizient von der neuen Regierung umgesetzt wird, mit der Erleuchtung der Weisen und dem Geist im Zeitalter der Renaissance, der den Mensch im Mittelpunkt stellt und als Maß aller Dinge begrift.

**Selini Tsekeridou-Knittel** □

*Selini Tsekeridou-Knittel arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin für die Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert*

Fernsehtipp:

# Der Geheimdiplomate

ARD-Fernsehporträt zum 90. Geburtstag von Egon Bahr

Am 18. März feiert Egon Bahr seinen 90. Geburtstag. Für die ARD hat Regisseurin und Drehbuchautorin Nicola Graef ein 45minütiges Porträt des „Geheimdiplomaten Egon Bahr“ entworfen, das am 12. März um 23.30 Uhr gesendet wird.

Nicola Graef machte sich auf die Suche nach dem „Geheimnis“ von Egon Bahr, dem Politiker und dem Menschen. Ein halbes Jahr lang begleitete die Autorin den nach wie vor äußerst umtriebigen „Strippenzieher“. Termine gab es genug. Besonders die Begegnungen mit den Weggefährten Helmut Schmidt und Henry Kissinger erzählen eindrucksvoll von der weltgeschichtlichen Bedeutung Egon Bahrs und davon, wie „Global Player“ miteinander umgehen. Fritz Pleitgen, der den Visionär und Politiker Bahr als Journalist sehr unmittelbar erlebt hat, erinnert sich ebenso intensiv an die Sturm- und Drangzeit des Geheimdiplomaten wie Horst Teltschik, der Erbe der geheimen „Kanäle“.

Meinungsfreudig, mit klarer Überzeugung, Patriot, so schildert ihn der Film. Keiner, der seine Standpunkte an Umfrageergebnissen orientiert, keiner, der politische Visionen mit Machtstrategie verwechselt, auch keiner, der nach attraktiven Angeboten aus der Wirtschaft schielte.

## PATRIOT MIT VISIONEN

Ein Leben voller Bewegung, das bis heute fasziniert. „Tricky Egon“, ein Spitzname, der seine Art, Politik zu machen, auf den Punkt bringt. Eine Mischung aus ausgeklügelter Reisediplomatie, sagenumwobenen Geheimtreffen und einer eigentümlichen Kombination aus waghalsigen Versprechungen und sehr vorsichtigen kleinen Schritten. Ein politischer Visionär, der die deutsch-deutschen Beziehungen immer im Auge hatte und früh realisierte, welche Politik nötig war, um dem Ziel Deutsche Einheit Schritt für Schritt näher kommen zu können. Ein Patriot mit Visionen und Prinzip, mit Kalkül und „Riecher“. Seit Anfang der 1960er Jahre einer der wichtigsten Männer an der Seite von Willy Brandt. Die „Graue Eminenz“ und der „Strippenzieher“, seit 1969 unterwegs als Geheimdiplomate mit der Lizenz zum schonungslosen Sondieren, in Ost und West. Ein Virtuose der „geheimen Drähte“ und „back channels“. Es ging um reale Gestaltungsräume für seine Neue Ostpolitik, die er 1963 schon auf den Nenner „Wandel durch Annäherung“ gebracht hatte und er hauchte ihr mehr Le-



Egon Bahr 1978. Foto: Bundesarchiv, B 145 Bild-F055062-0011A / CC-BY-SA

ben ein, als erwartet werden konnte.

„Der Geheimdiplomate Egon Bahr“ ist ein Film über einen Ausnahmepolitiker. Er stellt auch die Frage, wie Bahr dazu wurde. Sind es die ganz besonderen Erfahrungen im Zweiten Weltkrieg und während des demokratischen Wiederaufbaus, die ihn zu einem Visionär für Deutschland gemacht haben? Ein Leben, das wechselvoll und zunächst so gar nicht zugeschnitten war auf eine klassisch durchgeplante Politikerkarriere, wie sie in der jüngeren Generati-

## Lesung mit Egon Bahr und Peter Ensikat

**Aus Anlass des 90. Geburtstags von Egon Bahr lädt die Schleichersche Buchhandlung in Dahlem am 16. April zu einer Lesung mit Egon Bahr und Peter Ensikat. Sie lesen aus ihrem Buch „Gedächtnislücken. Zwei Deutsche erinnern sich“ (Aufbau Verlag)**

Das „Altgestein“ der deutschen Sozialdemokratie und eine Kabarettlegende der DDR liefern eine kurzweilige, turbulente, hochspannende Tour d'Horizon durch die Nachkriegsgeschichte. Unterhaltsam, humorvoll, dennoch nicht ohne Zwischentöne, erzählen zwei bedeutende Intellektuelle aus den einstmaligen zwei deutschen Staaten einander ihre Sicht auf unser Land. Mit den Autoren im Gespräch ist Christian Richter.

➡ Montag, 16.4.2012, 19.30 Uhr, schleichersbuch zu Gast in den Museen Dahlem, Lansstr.8, 14195 Berlin (U-Bhf. Dahlem-Dorf), Eintritt 12 Euro / erm. 8 Euro.



Egon Bahr auf dem Landesparteitag der Berliner SPD. Foto: Horb

on heute so üblich zu sein scheint? Suchen die Menschen deswegen bis heute so zahlreich Rat und Wegweisung bei ihm?

Erstmals ist Egon Bahr bereit, auch über seine privaten Leidenschaften zu plaudern, zusammen mit seiner Ehefrau Adelheid Bonnemann-Böhner. Auf die späte Liebe zu Egon Bahr angesprochen, lacht die Mittsiebzigerin. „Kennengelernt haben wir uns im Kontext der Politik. Dann war ich Jahre später auf Kur. Neben wem sollte ich zum Abendessen platziert werden? Egon Bahr. Ich sagte zu der Leitung des Hauses: Auf keinen Fall, neben den will ich nicht. Naja, und dann saßen wir doch nebeneinander und das änderte alles.“

## DIE WICHTIGEN MOMENTE

Der Film, so die Regisseurin Nicola Graef, möchte weniger historisierend sein, als vielmehr den Menschen Bahr in den Vordergrund rücken, als Zeitzeugen für die Entwicklung deutscher Politik der Nachkriegszeit. Die einzelnen Ereignisse dienen demnach mehr als Folie für die Frage, wie damals Politik gemacht wurde und weniger als Einzelereignis der Historie. Wie haben diese wichtigen Momente Politik geprägt, wie haben sie Politiker verändert, wofür lohnt es sich heute noch in Fragen einer Gesellschaft der Zukunft, nachhaltig zu kämpfen, wenn man die Umwelt- und Klimapolitik außen vorlässt? Gibt es noch gesellschaftliche und politische Ziele, die so virulent sind, wie damals die Beendigung des Kalten Krieges und die Stabilisierung und Entwicklung Europas? „Ich sehe heute keinen Politiker in Europa mit einer Vision mehr“, sagt Egon Bahr. **PM** □

➡ „Der Geheimdiplomate Egon Bahr“, Koproduktion von MDR und WDR, 12. März 2012, 23.30 Uhr, ARD.

# Aufrechter Mitkämpfer

## Werner Ratajczak - Eine sozialdemokratische Biographie

**Geboren wurde er am 4. September 1928 in einer Arbeiterfamilie, aufgewachsen ist er in der Sonntagstraße in Friedrichshain. Er hatte eine englische Mutter und Großmutter, bei letzterer ist Werner Ratajczak aufgewachsen.**

Volksschule vor und während der Kriegszeit, Bombennächte im Luftschutzkeller - das gehörte zum Alltag. Als 16jähriger wurde er im Februar 1945 in ein Wehrrüchtigungslager eingezogen. Wie er später erfuhr, lag dieses Lager direkt neben einem KZ, dem Lager Glöwen an der Havel.

Nach einem Monat wurde er abkommandiert in die Hermann-Göring-Kaserne in Berlin-Reinickendorf, durfte aber als Heranwachsender auf Abruf zu Hause nächtigen. Dann kam im April 45 der Gestellungsbefehl. Seine Großeltern verboten ihm den Dienstantritt und schickten ihn zu seiner Mutter in Steglitz ins Versteck.

Der Wehrmacht entgangen und für die Sieger zu jung, so hatte Werner Glück in der düsteren Zeit zwischen Kriegsende und Wiederaufbau. Er begann eine Lehrausbildung für 4 Jahre als Elektrofacharbeiter in Friedrichshain und Lichtenberg. Freunde luden ihn zu Veranstaltungen der Falken ein, wo er zum ersten Mal Interesse an politischen Ereignissen gewann. Damals kamen aus den Reihen der Falken viele Sozialdemokraten. Nach einjähriger Probezeit wurde Werner Ratajczak am 18. Mai 1948 in die SPD aufgenommen.

Die jungen Genossen wurden in so genannten Jungsozialistenschulungen politisch unterrichtet und aktiviert. Die Zeit des kalten Krieges hatte begonnen, wo die Einheitspartei in Ostberlin die Abgrenzung von allen gesamtberliner Organisationen und Lebensbereichen betrieb. Die SPD-internen Schulungen konnten nur noch in Westberlin stattfinden, da der Druck auf die SPD in Ostberlin enorm verschärft wurde und ihr die Möglichkeiten zu Versammlungen und politischen Aktionen zunehmend abgeschnitten wurde. Als ausgelernter Facharbeiter arbeitete Werner Ratajczak in einer Firma für Steuerungstechnik in der Boxhagener Straße und besuchte weiterhin die SPD-Abteilungssitzungen. Kreisvorsitzender im Friedrichshain war Kurt Neubauer, der damals schon einen starken persönlichen Eindruck auf junge Leute machte und in der Nachkriegspartei in Berlin einen sehr bestimmenden Einfluss ausübte. Dabei hat Werner Ratajczak auch Kurt Haase kennengelernt, der später Kreisvorsitzender von Mitte wurde und standhaft den Verfolgungen von SED und sowjetischer Administration widerstand.

Übertrittsangebote in die Einheitspartei



Im Gespräch mit Frank-Walter Steinmeier: Werner Ratajczak Foto: privat

wurden dem jungen Mann verschiedentlich gemacht. Er durchschaute die Spaltungspolitik, wollte nicht Mitläufer werden. Die Vergeltung bekam er 1953 zu spüren, als er sich im großen volkseigenen Betrieb EAW Treptow um die Teilnahme zur Meisterprüfung bewarb und aus fadenscheinigen Gründen nicht zugelassen wurde.

1953 heiratet Werner Ratajczak seine Gerda. Im alten Friedrichstadtpalast hatte er sie beim Tanzen kennengelernt, genauer gesagt in der Großen Melodie, eine der wenigen Vergnügungstätten im kriegszerstörten Berlin. Junge Leute aus der ganzen Stadt konnten hier stundenlang ungestört bei einem Bier sitzen und schwooften.

Von der Sonntagstraße sind die beiden erst 1959 in eine Neubauwohnung gezogen. Es war eine der ersten Wohnungen in der Annenstraße, Heinrich-Heine-Viertel. Mangelnde berufliche Perspektive hier und gute Verdienstmöglichkeiten dort lockten den jungen Facharbeiter zu Siemens in Westend. Pendelte man aus beruflichen Gründen zwischen West und Ost hatte man Anspruch auf Vergütung in beiden Währungen. Zeitweise konnte man dann wirklich die Vorteile beider Wirtschaftssysteme nutzen. Doch 1961 war diese Situation für die meisten Pendler mit dem Bau der Berliner Mauer vorbei. Der VEB Elektro-Blitz in der Wilhelm-Pieck-Straße wurde seine berufliche Zukunft.

Die verschärften politischen Auseinandersetzungen hat Werner Ratajczak am eigenen Leib zu spüren bekommen. Einen Tag vor dem Mauerbau, am 12. August 1961, hatte er wegen einer Bagatelle Streit mit einem Polizisten. Er wurde mitgenommen auf das Polizeirevier in der Keibelstraße und verhört wegen des Vorwurfs der Volksverhetzung. Man ließ ihn nicht frei, sondern wollte zur selben Zeit der Grenzabriegelung ein Beispiel von Provokation gegen die Staatsgewalt demonstrieren. Ein Schauprozess folgte, in dem er wegen Staatsverleumdung und Grenzgärgertum

verurteilt wurde. Er hatte eine Haft in Rummelsburg bis zum 8. Februar 1962 abzusitzen. Entlassen wurde er mit der Maßgabe keine politische Aktionen zu unternehmen. An eine öffentliche Parteiarbeit war auch nicht mehr zu denken, mit dem Mauerbau stellte die bis dahin formal in Ost-Berlin bestehende SPD ihre Arbeit ein. Für die von West-Berlin aus weiter agierende SPD ruhten die Mitgliedschaften der Ost-Berliner Genossen, die erst 1989 reaktiviert werden konnten.

Wie die meisten der ehemaligen SPD-Parteimitglieder ließ er sich auch nach Haft und Mauerbau nicht für die Einheitssozialisten werben und musste verdeckte und offene berufliche Zurücksetzungen erdulden. Die Konzentration auf Familie, Trabant, Wochenendgrundstück, private Freundschaftspflege wurden zu Schwerpunkten der eigenen Lebensgestaltung und zugleich Formen der inneren Abkehr vom DDR-Staatssozialismus. Werners Berufsstationen als Spezialist für Elektroversorgungen und Steuereinrichtungen waren die PHG Elektro-Blitz, danach das Nawa-Hotel und bis 1986 das Palasthotel.

Seit 1986 ist Werner Ratajczak Rentner und beobachtet die zunehmend erkennbare Erosion des DDR-Regimes. Als im November 1989 die Mauer durchlässig wird, ist er schon wenige Tage danach in Westberlin und versucht alte Kontakte zur SPD wieder aufzunehmen. Er holt die Wahlunterlagen vom Landesverband der SPD nach Mitte, wo sich ein Kreis von SPD-Sympathisanten in Wohnungen der Familien Basenge und Hildebrandt treffen.

Bei der Gründung des Kreises Mitte der neuen sozialdemokratischen Partei SDP ist er einer ersten und aktivsten. Er macht neue Mitglieder mit alten Genossen bekannt, die aus ruhender Mitgliedschaft wieder auftauchen und bringt beide mit Westberliner Genossen zusammen. Das Wiederaufleben der SPD in Mitte und besonders in seinem Wohngebiet in der Luisenstadt ist auch eine sehr persönliche Leistung von Werner Ratajczak.

Die Betreuung von ukrainischen Frauen aus dem ehemaligen KZ Ravensburg ist darüber hinaus eine Herzensangelegenheit für ihn. Er sammelt in allen Organisationen der Partei und anderswo Spenden für die alten Frauen, die in ihrer Jugend Opfer des NS-Regimes geworden sind und heute in ärmlichen Verhältnissen leben müssen. Wenn man außerdem sieht mit welcher Treue und Ausdauer W.R. die Seniorenorganisation 60 Plus von 1995 bis 2007 geleitet hat, bekommt man eine Vorstellung von der Leistungsbereitschaft und Motivation. Er ist ein Beispiel für einen Parteisoldaten im besten Sinne, für einen aufrichtigen und ausdauernden Mitkämpfer für soziale Gerechtigkeit und Demokratie.

**Volker Hobrack** □

Zeitgeschichte:

# Der Weg zu Freiheit und Demokratie

## Siegfried Heimann über die „Mühen der Ebene“ im Nachkriegsberlin (Teil 6)

**Im Dezember 1948 hatten sich die gewählten Stadtverordneten mit der Frage einer neuen Verfassung für Berlin zu beschäftigen. Die Verfassungsdebatte hatte bereits in der im Oktober 1946 gewählten Stadtverordnetenversammlung begonnen, war jedoch bis zur Wahl einer neuen Stadtverordnetenversammlung im Dezember 1948 noch nicht zu einem Abschluss gekommen.**

Alle Parteien hatten Entwürfe vorgelegt, der Verfassungsausschuss der Stadtverordnetenversammlung hatte vergeblich versucht, einen Kompromiss zu erarbeiten, dem alle Fraktionen hätten zustimmen können. In einer außerordentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22. April 1948 hatten schließlich nur die Fraktionen von SPD, CDU und LDP den Entwurf verabschiedet. Zu einer Genehmigung der verabschiedeten Verfassung durch die vier Alliierten kam es nicht mehr. Es folgten das Ende der Viermächteverwaltung der Stadt, die Spaltung der deutschen Verwaltung im Herbst 1948 und die Abhaltung von Stadtverordnetenwahlen nur noch in den drei Westsektoren Ende 1948.

Nun widmeten sich die Stadtverordneten von SPD, CDU und LDP erneut der Verfassungsfrage. Die Kontroversen waren jetzt kaum geringer, zumal die alliierte Mitsprache nicht wenige Hürden zusätzlich aufrichtete. Inzwischen war aus den drei Westzonen die Bundesrepublik Deutschland geworden, die sich ein „Grundgesetz“ gegeben hatte, an dem sich auch eine neue Berliner Verfassung orientieren sollte. An den Verfassungsdebatten um ein „Grundgesetz“ waren auch Berliner Vertreter beteiligt, auch wenn sie aufgrund des alliierten Vorbehalts nicht mitstimmen durften.

Das „Kleine Besatzungsstatut“ vom Mai 1949 hatte die Vorbehalte der Westalliierten in eine neue Form gegossen und machte eine Revision des im Jahre 1948 verabschiedeten Verfassungstextes durch die neu gewählte Stadtverordnetenversammlung erforderlich. Die Stadtverordnetenversammlung hoffte freilich noch einmal, mit dem Vorschlag zu Gesamtberliner Wahlen die Spaltung der Stadtverwaltung rückgängig machen zu können. Der hinhaltende Widerstand der Sowjetunion blieb bestehen, und alle Bemühungen scheiterten.

Die Stadtverordnetenversammlung beschloss daraufhin im Juli 1950, am 3. Dezember 1950 Neuwahlen nur noch in Westberlin durchzuführen. Der Verfassungsausschuss der Stadtverordnetenversammlung sollte daher so schnell wie möglich eine neue Verfassung im Entwurf vorlegen. Die

Stadtverordnetenversammlung wollte den Entwurf schnell verabschieden, damit die Wahlen auf der Grundlage einer neuen Verfassung stattfinden konnten.

Der Entwurf veränderte den im Jahre 1948 verabschiedeten Verfassungstext in wichtigen Passagen, um die Bindung an die Bundesrepublik Deutschland und an deren Grundgesetz festzuschreiben. Der Westberliner Magistrat stimmte am 4. August 1950 diesen Veränderungen zu und leitete die so veränderte Verfassung den Westalliierten zu. Diese genehmigten den Entwurf schließlich nach kontroversen Debatten in den verschiedenen alliierten Gremien am 17. August 1950 nur unter bindenden Vorbehalten. Nun konnte die Verfassung von Berlin am 1. September 1950 ausgefertigt und am 29. September 1950 im Berliner Verordnungsblatt veröffentlicht werden. Sie trat am 1. Oktober 1950 in Kraft.

In einer (außerordentlichen) Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wurde das Inkrafttreten der Verfassung in Anwesenheit des Bundespräsidenten Theodor Heuss, des amtierenden Bundesratspräsidenten Carlo Schmid und mehrerer Bundesminister festlich begangen. Die Bindung Berlins an die Bundesrepublik sollte trotz aller alliierten Vorbehalte vor aller Augen sichtbar werden. Der Stadtverordnetenvorsteher und künftige Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin Otto Suhr verlas den Vorspruch der neuen Verfassung, in dem dem Wunsche Ausdruck verliehen wurde, dass Berlin die „Hauptstadt eines neuen geeinten Deutschlands“ bleiben möge. Der britische Stadtkommandant versprach auch im Namen seines amerikanischen und französischen Kollegen, dass die Alliierten Berlin weiterhin verteidigen und ansonsten die ihnen zustehenden Kontrollrechte so weit wie möglich vermindern würden.

Stein des Anstoßes für die Westalliierten war Artikel 1 der Verfassung, der in Absatz 2 lapidar feststellte: „Berlin ist ein Land der Bundesrepublik Deutschland.“ Und in Absatz 3: „Grundgesetz und Gesetze der Bundesrepublik Deutschland sind für Berlin bindend.“ Beide Absätze wurden von den Westalliierten suspendiert; Berlin besitze für eine „Übergangsperiode“ nicht die Eigenschaft eines zwölften Bundeslands der Bundesrepublik. Alle Entscheidungen der Exekutive, des Senats, sollten auch künftig den Bestimmungen des „Kleinen Besatzungsstatuts“ unterliegen. Die „Übergangsperiode“ sollte bis 1990 andauern.

Die neue Verfassung sprach im Übrigen von Berlin in den Grenzen „der bisherigen

Gebietskörperschaft Groß-Berlin“, das „in 20 Bezirke eingeteilt“ sei. Die Volksvertretung, nunmehr Abgeordnetenhaus genannt, sollte einschließlich der in Ostberlin zu wählenden Abgeordneten aus 200 Mitgliedern bestehen. Aus dem Magistrat wurde der Senat mit einem Regierenden Bürgermeister an der Spitze und mit Senatoren als Leiter der Fachreferate. Wichtigste Neuerung in der Verfassung war die Formulierung eines Katalogs von Grundrechten in Abschnitt II der Verfassung. Diese Grundrechte sind auch für die Gesetzgebung, für das Verwaltungshandeln und für die Rechtsprechung verbindlich.

### „KONSOLIDIERUNG DER POLITISCHEN VERHÄLTNISSE“

Vom Oktober 1950 an widmeten sich die Stadtverordnetenversammlung, der Magistrat und die Verwaltung vor allem der gesetzlichen und organisatorischen Vorbereitung von Neuwahlen, wiederum nur noch in den drei Westsektoren. An der Wahl zum Abgeordnetenhaus konnten sich erstmals nicht nur die im Jahre 1945 lizenzierten vier Parteien beteiligen. Die Westalliierten hatten mehrere weitere Parteien lizenziert und zur Wahl zugelassen. Es handelte sich dabei meist um Parteien, die als rechtskonservative Parteien in der Bundesrepublik agierten und teilweise sogar nicht nur im Bundestag vertreten waren, sondern auch in der Bundesregierung. Lediglich die USPD war ein Berliner Gewächs, entstanden 1947 aus einer Abspaltung von der SPD, die jedoch dem Werben der SED nicht nachzugeben bereit und unabhängig zu bleiben gewillt war. Wie schon 1948 weigerte sich die SED, allerdings ein letztes Mal, sich an der Wahl zum Abgeordnetenhaus zu beteiligen.

### Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin am 3. Dezember 1950

Die Wahlbeteiligung betrug 90,4 %.

	Prozent	Mandate
SPD	44,7	61
CDU	24,6	34
FDP	23,0	32
Kons. P.	0,8	-
DP	3,7	-
BHE	2,2	-
USPD	0,7	-
FSU	0,3	-

Die SED hatte eine Teilnahme an der Wahl verweigert.

Der SPD-Fraktion gehörten sechs und der CDU-Fraktion zwei Abgeordnete aus dem Ostsektor an. Sie waren bereits 1946 ge-

**weiter auf Seite 13**

wählt worden und hatten der Stadtverordnetenversammlung bis zum Ende der 2. Wahlperiode angehört. Sie waren nicht stimmberechtigt. Sie gehörten dem Abgeordnetenhaus mit beratender Stimme an und besaßen damit Rederecht.

Dem neu gewählten Abgeordnetenhaus gehörten 61 Abgeordnete der SPD an, 34 der CDU und 32 der FDP, wie die frühere LDP nun hieß. Die der SPD so bequeme absolute Mehrheit der Partei gehörte der Vergangenheit an, eine Koalition gegen die Mehrheitspartei war möglich, eine große Koalition von SPD und CDU oder gar eine Allparteienkoalition ohne Opposition schien ein Ausweg zu sein. Im Parlament blieb erst einmal alles beim Alten. Die größte Fraktion stellte weiterhin mit Otto Suhr den Präsidenten, wie der frühere Stadtverordnetenvorsteher nun nach der neuen Berliner Verfassung hieß. Die beiden „bürgerlichen“ Parteien neigten zur Überschätzung ihres „Wahlsiegs“. Die SPD wollte nicht glauben, dass sie nicht mehr wie nach den Wahlen 1948 ihren Willen ohne Einschränkung durchsetzen konnte. Sie forderte alle wichtigen politischen Positionen für ihre Kandidaten. Schwierige Verhandlungen waren die Folge.

In der zweiten Sitzung des Abgeordnetenhauses am 12. Januar 1951 sollte der Regierende Bürgermeister gewählt werden, die Fraktionen konnten sich jedoch nicht auf einen Kandidaten einigen. Eine Abstimmung ergab eine Pattsituation. Der Kandidat der SPD, Ernst Reuter, und der Kandidat der CDU, Walther Schreiber, erhielten jeweils die gleiche Stimmenzahl der anwesenden Abgeordneten. Ein mögliches Losverfahren erschien angesichts der politischen Probleme, vor denen Berlin stand, als unangemessen. In der dritten Sitzung des Abgeordnetenhauses am 18. Januar 1951 einigten sich die drei im Abgeordnetenhaus vertretenen Fraktionen auf eine Allparteienregierung. Ernst Reuter wurde mit ausreichender Mehrheit zum Regierenden Bürgermeister gewählt, die SPD erhielt sechs Senatoren, die CDU stellte mit Walther Schreiber den Bürgermeister und drei Senatoren, und die FDP stellte vier Senatoren. Ernst Reuter konnte sich, wie sich zeigen sollte, nicht immer auf die uneingeschränkte Solidarität seiner Fraktion verlassen.

Die Debatten um die „richtige“ Lösung der politischen Probleme in Westberlin lösten nämlich in der stärksten Fraktion, der SPD-Fraktion, und in der Berliner SPD überhaupt heftige Kontroversen aus. Es war in der SPD spätestens seit 1950 der Konflikt zwischen SPD-Traditionalisten, die sozialpolitische Reformen im Berlin der ersten Nachkriegszeit nicht ohne Widerstand einer Zugehörigkeit zur Bundesrepublik opfern wollten, und den pragmatischen Realpolitikern, die wussten, dass es aufgrund



Telegraf vom 17. Juni 1953.

Foto: Horb/Sammlung Siegfried Heimann

der finanziellen Abhängigkeit Berlins keine Alternative zu der vom Bund geforderten Übernahme von Bundesgesetzen gab.

Nach der Wahl Ernst Reuters zum Regierenden Bürgermeister wurden diese Konflikte schließlich offen auszutragen. Reuter und seine Mitstreiter forderten von ihrer Partei, die Rahmenbedingungen Berliner Politik zur Kenntnis zu nehmen. Westberlin könne nicht existieren ohne die Milliarde, die ihm jährlich aus Bundesmitteln zufließe. Deshalb müsse Berlin, müsse die Berliner SPD ihr Verhältnis zum Bund klären, und da gebe es keine Alternative; die Bindung an den Bund dürfe nicht durch Vorbehalte bei der Übernahme von Bundesgesetzen gefährdet werden.

Reuter konnte sich gegenüber seiner Partei durchsetzen; er konnte aber auch gegenüber der Bundesregierung erreichen, dass Berlin nicht mehr länger als der „arme Verwandte“ stigmatisiert wurde. Die Finanzhilfe aus dem Westen wurde auf eine gesetzliche Grundlage gestellt. Das Dritte Überleitungsgesetz vom Januar 1952 sicherte Berlin, sogar rückwirkend ab dem 1. April 1951, einen „Rechtsanspruch auf Ausgleich seines aus unverschuldeter Notlage erwachsenen Haushalts-Defizits“ zu.

Allmählich konsolidierte sich die wirtschaftliche Situation in Berlin, nicht zuletzt auch, neben der Hilfe aus dem Westen Deutschlands, durch finanzielle Hilfe aus den USA. Die hohe Arbeitslosigkeit von rund 300 000 in den Jahren 1949/50 verringerte sich nur allmählich, zumal die steile große Zahl von Flüchtlingen aus Ostberlin und der übrigen DDR den Abbau der Arbeitslosigkeit zusätzlich verzögerte. Ein „Notstandsprogramm“ sorgte erfolgreich für Übergangslösungen. Dennoch begann die „Einheitsfront“ der Allparteienregierung zu bröckeln. Kontroversen zwischen Ernst Reuter und der Bundesregierung unter Konrad Adenauer über die richtige Reaktion auf die sogenannten Stalin-Noten von 1952 sorgten im Senat und im Abgeordnetenhaus für heftige Debatten.

Reuter war auch in deutschlandpolitischen Fragen ein pragmatischer Realist. So mochte er vor der in Europa drohenden Kriegsgefahr nicht die Augen verschließen. Er wollte ihr durch eine abgewogene Politik

gegenüber der Sowjetunion begegnen. Reuter war damit weit davon entfernt, der „Kalte Krieger“ zu sein, als der er in der Propaganda der Sowjetunion immer wieder dargestellt wurde. Er wollte den „Block der Sowjetunion [...] nicht] als etwas Statisches, Unabänderliches und Unerschütterbares“ ansehen. Es gelte, so sagte Reuter kurz vor seinem Tode im August 1953, nicht nur auf Veränderungen im Ostblock zu hoffen, sondern sie auch herbeiführen zu helfen. Deshalb müsse der Westen das „Sicherheitsbedürfnis der Sowjetunion“ ernst nehmen, und er dürfe, „wenn er wirklich die Wiedervereinigung Deutschlands [und Berlins] will, nicht darauf bestehen [...], daß Deutschland vor dieser Wiedervereinigung ein Teil des westlichen Bündnissystems wird“. Anklänge an eine sozialdemokratische Deutschlandpolitik, die erst später zu einem Plan werden sollten.

Die revolutionären Prozesse in Ostberlin und in der DDR im Juni 1953 machten freilich alle Hoffnungen auf eine innerstädtische Entspannung auch in Berlin zunichte. Die Proteste gegen die Repression gegen streikende Arbeiter im „Arbeiter- und Bauernstaat“ waren auch im Berliner Abgeordnetenhaus laut und deutlich, aber eine direkte Hilfe war unmöglich.

Kurz nach der sich zum Volksaufstand ausweitenden Arbeiterrevolte in der DDR starb Ernst Reuter am 29. September 1953. Berlin trauerte. Der Streit um seine Nachfolge ließ dennoch nicht lange auf sich warten. Der Vorschlag, bis zu den fälligen Neuwahlen als Senat weiter zu amtieren, stieß bei CDU und FDP auf keine Gegenliebe. Ein neuer „reinbürgerlicher“ Senat stand auf der Tagesordnung. Am 23. Oktober 1953 wählte das Abgeordnetenhaus Walther Schreiber (CDU) mit 62 Stimmen zum Regierenden Bürgermeister. Sein Gegenkandidat Otto Suhr erhielt mit 57 Stimmen alle Stimmen seiner Fraktion. Die SPD war erstmals seit 1945 nicht mehr an der Landesregierung beteiligt. Immerhin aber blieben zwei Sozialdemokraten an führender Stelle im Senat. Der langjährige Senator Paul Hertz leitete nunmehr das wichtige „Notstandsprogramm“ und Hans Hirschfeld blieb Pressechef. □

**Fortsetzung nächste Ausgabe**

# Er blieb ein radikaler Sozialist

Vor 20 Jahren verstarb Harry Ristock

**Erst vierundsechzigjährig starb am 5. März 1992 der Sozialdemokrat Harry Ristock. Er hatte in der Berliner SPD und in der Berliner Politik über lange Jahre viele Ämter und Funktionen. Nicht zuletzt war er fast sechs Jahre - von 1975 bis 1981 - Senator für Bau- und Wohnungswesen.**

Seine Politik der behutsamen Stadterneuerung versuchte an vielen Ecken und Enden von West-Berlin einiges wiedergutzumachen, was in den Jahren der propagierten autogerechten Stadt auch von den eigenen Parteigenossen an Bausünden begangen worden war. Er wagte es, wie Wolf Jobst Siedler in einem Nachruf schrieb, „direkt an die Mauer zu gehen und mitten im alten Kreuzberg vorzuführen, wie Stadterneuerung aussehen könnte“. Renovierung statt Abriß sollte die Devise sein. Ristock holte die Bundesgartenschau nach Berlin, und ein wunderschöner Park blieb allen Berlinerinnen und Berlinern,

Er war ein „unorthodoxer, ein interessanter, ein liebenswerter Linker“ - so beschrieb

ihn Helmut Schmidt in seiner Trauerrede für seinen Freund am 20. März 1992. Harry Ristock wurde am 20. Januar 1928 in Ostpreußen geboren. Er mußte noch einige Monate den Krieg mitmachen, dann verschlug ihn das Kriegsende nach Brandenburg. Im Jahre 1948 kam er nach West-Berlin und begann mit dem Politikstudium. Die Schriften von Marx, Luxemburg und Trotzki lehrten ihn, in Stalin und in den Stalinisten aller Länder die Totengräber der sozialistischen Idee zu sehen. Die offenbaren sozialen Probleme in der Bundesrepublik und auch in Westberlin ließen ihn zum radikalen Kritiker der bundesrepublikanischen - kapitalistischen - Gesellschaft werden.

Der SPD trat er 1950 bei und ihr blieb er bis zu seinem Tode treu, auch wenn der berüchtigte „Sofortausschluß“ ihn immer wieder bedrohte und 1968 auch fast ereilte. Die Falken in Berlin machten ihn zu ihrem Landessekretär und bald war die Organisation - zumindest in Berlin - kaum noch wiederzuerkennen. Im Jahre 1954 wurde er

Landesvorsitzender der Berliner Falken und er blieb es bis zum Jahre 1963. „Durch Ulbricht und Adenauer keine Wiedervereinigung“, lautete der von ihm geprägte und von prophetischer Gabe zeugende Schlachtruf auf manchen Falkendemonstrationen der fünfziger Jahre,

Er war und blieb ein „luxemburgianischer Pragmatiker“, wie ihn sein alter Freund und Weggefährte Heinz (Micky) Beinert einmal nannte. Das war kein Etikett, sondern ein Hinweis darauf, daß Harry Ristock es sich nie auf dem Sessel der Parteipfründe bequem machen wollte. Er zog den Stehplatz zwischen den Stühlen vor, was nicht zuletzt 1981 „aus Gründen der Selbstachtung“ seinen Rücktritt als Senator zur Folge hatte.

Im Jahre 1990, die Tage der DDR waren gezählt, sprach Harry Ristock vor Brandenburger Sozialdemokraten. Er machte sie darauf aufmerksam, daß mit dem Zusammenbruch der staatskapitalistischen DDR erst recht der demokratische Sozialismus als Alternative zum Kapitalismus auf der Tagesordnung stehe. Und er bekannte: „Ihr seht ja ..., daß ich älter geworden bin, aber radikaler Sozialist bin ich geblieben.“ Und gerade deshalb war Harry Ristock immer ein unbequemer Genosse. **S.H./BS** □

**Aus Datenschutzgründen  
nicht in der  
Internetversion enthalten**

## T ERMIN E

- 03.03.2012, 10:00 - 12:00 SPD Neukölln - Abt. **Rixdorf, Frühstück und Informationen für Arbeitslose**, Kiosk am Reuterplatz, Reuterstraße, Weserstraße, 12047 Berlin
- 05.03.2012 von 17,30 bis 19,30 Uhr: **Bürger-sprechstunde Eva Högl** im Wahlkreisbüro, Müllerstr. 163 in 13353 Berlin. Anmeldung: Telefon: 030 4692-125, E-Mail: eva.hoegl@wk.bundestag.de
- 06.03.2012, 19:30, **Thierse trifft ... Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hermann Parzinger**, Kulturbrauerei - Soda-Salon, Eingang Knaackstraße oder Sredzkistraße, 10435 Berlin (s. S. 16)
- 06.03.2012, 19 Uhr: **Auf dem Weg zu einer modernen Integrationspolitik** - Zukunftsdialog mit Dr. Eva Högl, Aydan Özoguz (stellv. Vorsitzende der SPD und Integrationsbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion), Ilkin Özizik (MdA und Bildungspolitischer Sprecher der SPD-Abgeordnetenhausfraktion) und Marietta Heuck (Leiterin Mädchen-Kultur-Treff Dünja) mit einem Schlusswort von Dr. Christian Hanke (Bezirksbürgermeister Berlin-Mitte) im Stadtschloss Moabit, Rostocker Str. 32 in 10553 Berlin
- 06.03.2012, 19:00 SPD **Pankow - AGS, Jahreshauptversammlung** - Vorstandswahlen, Gaststätte ASIN, im Souterrain, Oderberger Straße 11, 10435 Berlin
- 06.03.2012, 19:30 **ASF Friedrichshain-Kreuzberg, Jahreshauptversammlung** - Neuwahlen | ASF Friedrichshain-Kreuzberg, Kom-Zen, Kompetenz Zentrum, Simplonstraße 27, 10245 Berlin
- 06.03.2012, 19:39 SPD Steglitz-Zehlendorf - **Abt. Lichterfelde Ost und Süd, Abteilungs-koordinierung**, Restaurant „Kastanie“, Ferdinandstraße 15, 12209 Berlin
- 07.03.2012, 18:30 SPD **Spandau - AfB, Jahreshauptversammlung** - Wahlen, SPD Kreisbüro, Bismarckstraße 61, 13585 Berlin
- 08.03.2012, 17:00 SPD Charlottenburg-Wilmersdorf, **Rosenverteilkaktion mit Petra Merkel (MdB)**, Wilmersdofer Str., vor Karstadt
- 10.03.2012, 10:00 - 12:00 SPD Charlottenburg-Wilmersdorf, **Kiezgespräch** mit Reinhard Naumann, Bezirksbürgermeister von Charlottenburg-Wilmersdorf, Swen Schulz, Mitglied des Deutschen Bundestages, Frédéric Verrycken, Mitglied des Abgeordnetenhaus von Berlin, Informationsstand vor Reichelt, Heckerdamm, 13627 Berlin
- 11.03.2012, 10:00 SPD Fraktion Treptow-Köpenick, **Politischer Frühschoppen „Politik in Zahlen – Bezirkshaushalt 2012/13“**, mit Bezirksbürgermeister Oliver Igel, Haushaltsausschussvorsitzender Peter Groos (Grüne) und dem Fraktionsvorsitzenden Matthias Schmidt, Ratskeller Köpenick, Alt-Köpenick 21, 12555 Berlin
- 13.03.2012, 18:30 - 20:30, Ole Kreins, MdA / Fachausschuss Mobilität, **EU-Weißbuch innerstädtischer Verkehr**, Abgeordnetenhaus

- von Berlin, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin
- 14.03.2012, 17:00 **SiP - Sozialdemokraten in der Polizei, Jahreshauptversammlung** - Vorstandswahlen, Kurt-Schumacher-Haus, Erika-Heß-Saal, Müllerstraße 163, 13353 Berlin
- 14.03.2012, 19:00, **AGS - Friedrichshain-Kreuzberg, Mitgliederversammlung** mit Vorstandswahlen, Drittes Ohr, Matternstraße 14, 10249 Berlin
- 14.03.2012, 14:00 - 16:00, SPD **AG 6oplus / Berliner Seniorentreff, Integration durch Bildung - Berliner Beispiele, die Mut machen**, Referentin: Claudia Zinke, ehem. Staatssekretärin für Bildung, Jugend und Familie, Stiftung BSW, Zugang über den Hof, Aufgang links, 3. Etage, Panoramastraße 1, 10178 Berlin (ÖPNV: Fahrverbindung: U2 bis Alexanderplatz, S-Bahn Alexanderplatz, Mittelausgang benutzen und rechts vom Fernsehturm beginnt die Panoramastr. 1, über den Hof, nach links zum Aufgang B, mit dem Fahrstuhl bis zur 3. Etage fahren und rechte Tür zum BSW-Kulturzentrum gehen.)
- 15.03.2012, 18:00, SPD Steglitz-Zehlendorf - **AG Migration, Öffentliche Mitgliederversammlung**, SPD Kreisbüro, Thaliaweg 15, 12249 Berlin
- 15.03.2012, 17 bis 18.30 Uhr: **Bürgersprechstunde von Eva Högl** in Friedrichshain-Kreuzberg, Kreisbüro der SPD Friedrichshain-Kreuzberg, Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstraße 140 in 10963 Berlin
- 15.03.2012, 15:00 - 18:00, Swen Schulz, MdB - Spandau, **Bürgersprechstunde mit dem Bundestagsabgeordneten Swen Schulz**, SPD Bürgerbüro, Bismarckstraße 61, 13585 Berlin, Bitte anmelden unter Tel.: 36757090.
- 15.03.2012, 18:00 - 20:00 Friedrich-Ebert-Stiftung Friedrich-Ebert-Stiftung, **Sexuelle Identität und Selbstbestimmung in muslimischen Milieus**, Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin. Anmeldung: <http://www.fes.de/oas/portal/pls/portal/showvera.anmelden?Veranummer=152979>
- 17.03.2012, 10:00, SPD Steglitz-Zehlendorf - **Abt. Lichterfelde Ost und Süd, „Im Gespräch mit den Menschen“**, Informationsstand Kranoldmarkt, Kranoldplatz, 12209 Berlin
- 19.03.2012, ganztägig: **Politische Tagesfahrt durch Berlin**. Mit Besuch des Reichstages, Diskussion mit Dr. Eva Högl und Besuch des Wirtschaftsministeriums. Es gibt noch freie Plätze. Anmeldung: Telefon: 030 4692-125, E-Mail: eva.hoegl@wk.bundestag.de
- 20.03.2012, 19:30, **Thierse trifft ... Dr. Antje Vollmer**, Kulturbrauerei - Soda-Salon, Eingang Knaackstraße oder Sredzkistraße, 10435 Berlin
- 20.03.2012, 19:00, SPD Bundestagsfraktion, **Fraktion vor Ort: Wie wollen wir in Zukunft pflegen?** Diskussionsveranstaltung mit dem Gesundheitsexperten der SPD-Bundestagsfraktion, Prof. Dr. Karl Lauterbach, und Swen Schulz, MdB. Anmeldung unter Tel.: 227 70 187, Kulturzentrum „gemischtes“, Sandstraße 41, 13593 Berlin,
- 20.03.2012, 19:30, SPD Steglitz-Zehlendorf -

- Abt. Lichterfelde Ost und Süd, Mitgliederversammlung**, Reinhold-Voht-Haus - Soziale Dienste, Osdorfer Straße 121, 12207 Berlin
- 21.03.2012, 18:00, Mechthild Rawert, MdB, **Wa(h)re Schönheit?** Der Skandal um die Brustimplantate der französischen Firma PIP macht deutlich, der Markt für Schönheitsoperationen ist riesig. Aufklärung und gesundheitlicher Verbraucherschutz sind nötig! Diskussion mit Mechthild Rawert, MdB, Mitglied des Gesundheitsausschusses, Susanne Mauersberg, Referentin Gesundheitspolitik, und Andrea Fabris, Unabhängige Patientenberatung (upd). BEGiNe - Treffpunkt & Kultur für Frauen e.V., Potsdamer Str. 139, 10789 Berlin
- 22.03.2012, 19:00, SPD Bundestagsfraktion, **Fraktion vor Ort: Altersarmut**, mit Swen Schulz (MdB) und Ottmar Schreiner, Kulturhaus Spandau, Galerie, Mauerstraße 6, 13597 Berlin (s. S. 5)
- mehr Termine unter [www.spd-berlin.de/termine](http://www.spd-berlin.de/termine)

## Ausschreibung: Aushilfskraft für SPD Marzahn-Hellersdorf

Der SPD-Landesverband Berlin sucht zum 1. April 2012 eine Aushilfskraft zur Betreuung des SPD Kreisbüros Marzahn-Hellersdorf. Die Aushilfstätigkeit ist bis zum 31. Oktober 2012 befristet. Die Wochenarbeitszeit beträgt 20 Stunden. Bewerbungen sind bis zum 15. März 2012 an SPD Landesverband Berlin, Landesgeschäftsführer Rüdiger Scholz, Müllerstraße 163, 13353 Berlin, zu richten. Vollständige Ausschreibung unter <http://www.sozilink.de/?i=1xx>

## Veranstaltungen des August-Bebel-Instituts

Sa 17. März, 10–17 Uhr. **Politische Diskussionen moderieren - Ein Training**. Politische Dialoge, Podiumsdiskussionen, Gesprächsrunden: Moderationen von Veranstaltungen sind wichtige Bestandteile ehrenamtlichen Engagements. Moderator/innen unterstützen Gruppen darin, in einen Dialog zu treten und die unterschiedlichen Standpunkte kennen zu lernen – und gerade bei politischen Diskussionen kann es dabei „hoch hergehen“. Moderator/innen verfolgen dann den Gesprächsverlauf aufmerksam mit und sorgen für den roten Faden: Sie strukturieren, ordnen, fassen zusammen, pointieren, klären, provozieren manchmal oder wirken auf ein konstruktives Gesprächsklima hin. Der Workshop liefert dazu das Handwerkszeug. Bitte Bereitschaft zum eigenen Erproben und Trainieren mitbringen.

➡ Leitung: Miriam Janke, Kommunikationstrainerin und Moderatorin, Beitrag 40 € inkl. Verpflegung & Getränke, Anmeldung bis 9. März [S32], August-Bebel-Institut, Tel. 4692 - 121.

## Die Berliner Stimme im Abonnement

**Änderungen beim Abonnement?** Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

**Sie haben noch kein Abonnement?** Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin oder per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

# Weltreisender der Archäologie

Prof. Hermann Parzinger bei „Thierse trifft...“

**Seine Ausgrabungen vor- und frühgeschichtlicher Kulturschätze haben ihn von Sibirien bis Nordafrika geführt und über den Kreis der Fachwissenschaft hinaus bekannt gemacht. Am 6. März ist Prof. Hermann Parzinger, Präsidenten der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, zu Gast bei der Veranstaltungsreihe „Thierse trifft...“ im Soda-Salon der Kulturbrauerei.**

Mit Professor Dr.phil.Dr.h.c.mult. Hermann Parzinger wird nicht nur ein vielfach mit Titeln, Ehrungen und internationalen Auszeichnungen bedachter Wissenschaftler zu Gast sein, sondern auch ein Weltreisender der Archäologie, der zehn Sprachen spricht.

Lässt diese Aufzählung bereits an große Abenteuer denken und regt zu Fragen an, so ist die Tätigkeit Parzingers bei der Stiftung Preußischer Kulturbesitz nicht weniger spannend. Als Präsident der Stiftung und Hüter über eine weltweit einzigartige Sammlung an Kunst- und Kulturschätzen begleitet er die Sanierung und Umgestaltung der Museumsinsel mitsamt den vie-



Prof. Dr. Hermann Parzinger.

Foto: Stiftung Preußischer Kulturbesitz

len Denkmalschutz- und Architekturdebatten. Auch die konzeptuelle Mitwirkung am entstehenden Humboldt-Forum, das 2019 am Schlossplatz eröffnet werden soll, gehört zu seinen Aufgaben. Der künftige Umgang mit der Vergangenheit, die Präsentation der europäischen und der Kulturen der Welt im Herzen Berlins – dies werden ebenfalls Themen sein **PM** □

➔ „Thierse trifft...“: Hermann Parzinger, 6. März, 19.30 Uhr, Soda-Salon in der Kulturbrauerei Berlin-Prenzlauer Berg

## KULTURTIPPS

**Woody Guthrie.** Nach der Eröffnung der Ausstellung zum 100. Geburtstag des amerikanischen Folksängers Woody Guthrie am morgigen Sonntag (s. BS 3/4-2012) bietet das August Bebel Institut am Mittwoch, d. 21. März von 17 bis 18 Uhr eine Führung durch die Ausstellung mit Lutz Kirchenwitz vom Verein Lied und soziale Bewegungen e.V. an. **BS** □

➔ Vernissage am Sonntag, 4. März von 16 - 18 Uhr, mit John Shreve, Gitarre und Gesang, Kat Baloun, Blues Harp, Grußworte von Renate Harant, MdA, Klaus-Jürgen Scherer, Kulturforum der Sozialdemokratie, Lutz Kirchenwitz, Lied und Soziale Bewegungen e.V. sowie Ingo Siebert, August Bebel Institut.

➔ Veranstaltung Krise, Politik und Poesie in den Liedern Woody Guthries. Mi 7. März, 18-20 Uhr, mit Martin Butler, Juniorprof. für Amerikanistik, Uni Oldenburg

➔ Führung durch die Ausstellung, Mittwoch, 21. März, von 17 bis 18 Uhr. Anmeldung bis 14. März [Veranstaltung S 72.3] unter 4692 122.

➔ Galerie, Müllerstr. 163, 13353 Berlin

# Die Kraft einer großen Idee

Politiker und Autoren im Dialog: Sigmar Gabriel und Prof. Dr. Joseph Vogl diskutieren

**„Die Zukunft der Demokratie und des Kapitalismus“ ist ihr Thema. In der Reihe „Politiker und Autoren im Dialog“ des vorwärts|buch Verlags sprechen am 8. März SPD-Chef Sigmar Gabriel und der Literatur- und Kulturwissenschaftler Prof. Dr. phil. Joseph Vogl im Hebbel-Theater über das Spannungsfeld von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.**

Die großen Herausforderungen unserer Zeit – die Regulierung der Finanzmärkte, die Sicherung der Sozialsysteme und die ökologische Modernisierung – drängen auf

politische Lösungen. Doch wie weit müssen sich Demokratie und Kapitalismus wandeln, um auch in Zukunft bestmöglich zu funktionieren? Unter der Leitung von Ines Pohl, Chefredakteurin der tageszeitung, diskutieren Sigmar Gabriel und Josef Vogl, Autor des vielbeachteten Buches „Das Gespenst des Kapitals“ diese Themen.

Die Einführung übernimmt der Vorsitzende der NaturFreunde Deutschlands Michael Müller, danach folgt eine szenische Lesung der Schauspieler Anna Stieblich und Gregor Weber aus dem gerade erschienenen Lesebuch „Die Kraft einer

großen Idee“, herausgegeben von Sigmar Gabriel. Darin erläutern führende Köpfe der SPD zentrale Begriffe der Sozialen Demokratie wie „Arbeit“ (Michael Sommer), „Globalisierung“ (Frank-Walter Steinmeier), „Solidarität“ (Sigmar Gabriel) und „Sozialstaat“ (Andrea Nahles). Das Buch ist das erste einer Folge von Titeln des vorwärts Verlags, die sich mit dem 150-jährigen Bestehen der SPD befassen. **PM** □

➔ Donnerstag, 8. März 2012, um 12.00 Uhr (Einlass 11.30 Uhr), Foyer des HEBBEL AM UFER – HAU 1, Stresemannstraße 29, 10963 Berlin